Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kuttner, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Gebührenpreis für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 14 Juni 1929

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Das preussische Konkordat.

SPD. Der Kirchenvertrag zwischen Preussen und dem Papst ist am Freitag vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments abgeschlossen und veröffentlicht worden. Damit wird endlich den wilden Gerüchten ein Ende gemacht, die seit Jahren über die preussischen Konkordatsverhandlungen verbreitet worden sind. Gerüchten, die niemals auf einer Tatsache beruht haben, denen aber schwer entgegenzutreten war, weil während der schwebenden Verhandlungen der Verhandlungsinhalt nicht bekannt gegeben werden konnte.

Der Vertrag Preussens mit dem Heiligen Stuhl regelt in 14 Artikeln durchweg nur reine Kirchenverwaltungsangelegenheiten. Nach einer Einleitung, in der die Bestimmungen der Weimarer Verfassung über den Schutz der Regligionsfreiheit wiederholt werden, wird die Einteilung Deutschlands in Kirchenbezirke festgelegt. Dabei erhalten Breslau und Paderborn neben Köln Erzbistümer, Berlin und Aachen Bistümer. Der Beitrag des Staates zu den Kosten dieses Kirchenregiments, bisher auf 1,4 Millionen festgesetzt, aber tatsächlich schon wesentlich höher, wird auf 2,8 Millionen jährlich fixiert. Der 5. Artikel sichert der Kirche das Benutzungsrecht an denjenigen staatlichen Gebäuden, die sie bisher besessen hat. Die nächsten Artikel geben dem Staat ein Einspruchsrecht bei der Besetzung der leitenden Kirchenstellen, sichern also eine Art politischen Einfluss des Staates auf die katholische Kirche. Weiter wird die Vorbildung der katholischen Geistlichen geregelt und allgemein an die drei Voraussetzungen geknüpft: deutsche Reichsangehörigkeit, deutsche Abschlussprüfung, deutsches Universitätsstudium. Endlich werden die Fragen der Theologieprofessoren an den katholischen theologischen Fakultäten geregelt. Zur Berufung eines solchen Universitätslehrers angehender katholischer Geistlicher bedarf es bischöflicher Zustimmung; ist ein Theologieprofessor berufen und gerät er nachträglich wegen seiner Lehre oder seines Lebenswandels mit der Kirche in Konflikt, so bleibt er Universitätslehrer, scheidet aber aus der theologischen Fakultät aus.

In der Weimarer Nationalversammlung hat Erzberger eine seiner berühmten Antworten auf eine deutschnationale Anklagerede mit den Worten begonnen: Ist das alles? Mancher wird geneigt sein, angesichts des Wortlauts des Konkordats die gleiche Frage zu erheben. Aber es steht wirklich nicht mehr darin. Alle gefährlichen und bedenklichen Bestimmungen, insbesondere jegliche Bestimmung über die Schule, die Schulaufsicht, die Lehrerbildung, die Mönchs- und Nonnenorden und alle Erhöhungen kirchlicher Geldansprüche für die später etwa kommende finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche sind aus dem Vertrag fern gehalten worden. Insofern stellt dieses Vertragswerk, wie auch seine Gegner offen zugeben, einen grossen Erfolg der preussischen Regierung dar, der in erster Linie auf das Konto Otto Brauns kommt, unter dessen persönlichen Aufsicht die Verhandlungen mit dem Nuntius Pacelli geführt worden sind.

Bei der Beurteilung des Kirchenvertrages ist von zwei Tatsachen auszugehen

Einmal von der Weimarer Verfassung, die der Kirche volle Freiheit und Selbstverwaltung all ihrer Angelegenheiten zusichert, aber zugleich dem Staat erhebliche finanzielle Leistungen an die Kirche als Pflicht auferlegt. Zweitens davon, dass seit dem Jahre 1821 eine päpstliche Bulle, welche die Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Preussen regelt, durch Aufnahme in die preussische Gesetzsammlung preussisches Gesetz geworden ist, sodass also seit 1821 diese Bulle eine Art preussisch-päpstlichen Konkordats darstellt. Dieses Konkordat wollte die preussische Regierung, wie der Kultusminister Haenisch 1919 dem Papst schrieb, aufrechterhalten wissen. Rom stellte sich aber auf den Standpunkt, dass durch den Wegfall des preussischen Königs, des Vertragspartners, und durch die Grenzänderung des Versailler Vertrages das alte Konkordat hinfällig geworden sei. Ein wichtiger Gesichtspunkt für die, die in dem Kirchenvertrag eine Kündigungsklausel vermissen! In den langjährigen Verhandlungen mit dem Papst über einen neuen Vertrag hat es gefährliche Momente gegeben. Am 6. Januar 1920 hat der volksparteiliche Kultusminister Dr. Boelitz dem päpstlichen Stuhl mitgeteilt, er sei bereit, in Verbindung mit dem Reichsinnenminister über die Sicherstellung der katholischen Ansprüche auf die Schule Vereinbarungen zu treffen. Auch die Versuche, unter einem Zentrumskanzler zu einem Reichskonkordat zu gelangen, mussten erhebliche Befürchtungen erwecken. Der jetzt zustandegekommene preussische Vertrag erneuert lediglich das Konkordat von 1821, gibt keine Staatshoheitsrechte preis und bringt keine wesentliche Mehrbelastung der Staatskasse.

Allerdings wird die Dotation des katholischen Kirchenregiments auf 2,8 Millionen erhöht. Aber bei den 75 Millionen jährlichen Zuschusses, den die Kirche sich von der bürgerlichen Landtagsmehrheit - abgesehen von den Kirchensteuern - aus der Staatskasse hat zuwenden lassen, spielt das wirklich keine Rolle. Von diesen 75 Millionen sind 70 Millionen widerrufliche Zuschüsse zu den Pfarrergehältern, davon 50 Millionen für die evangelische und 20 Millionen für die katholische Kirche. Jede auch nur indirekte Festlegung dieser Zuwendung im Konkordat ist abgewehrt worden. Sobald im Landtage irgend eine Mehrheit zu finden ist, die diese Zuwendungen beseitigen oder herabsetzen will, hat sie dafür, vollkommen freie Hand. Ausserdem erkennt das Konkordat ausdrücklich an, dass in der Reichsverfassung die finanzielle Trennung von Staat und Kirche vorgesehen ist. Für den Fall, dass diese Trennung tatsächlich vorgenommen wird, verpflichtet sich die Kirche, keine Forderungen auf Grund des neuen Vertrages zu erheben, sondern sich mit dem zu begnügen, was ihr auf Grund des bisherigen Rechts zustand. Dieser Hinweis auf die Durchführung der finanziellen Trennung von Staat und Kirche ersetzt übrigens auch durchaus die fehlende Kündigungsklausel.

Von materieller Tragweite ist weiter der Fortfall der sogenannten Realdotation der Kirche. Das Konkordat von 1821 hatte vorgesehen, dass anstelle der jährlichen Staatszuschüsse für das Kirchenregiment die Ausstattung der Kirche mit entsprechend umfangreichen Grundbesitz treten sollte. Diese Bestimmung ist jetzt fortgefallen, die Kirche hat den Anspruch aufgegeben, ihr das nach Kirchenauffassung zu Unrecht bei der Verstaatlichung der Kirchengüter entzogene Grundeigentum zurückzugeben.

Einteilung der Kirchenbezirke, Auswahl der Erzbischöfe und Bischöfe, Ausbildungsgang der angehenden Geistlichen sind nach der Weimarer Verfassung reine Selbstverwaltungsangelegenheiten der Kirche. Rom hätte es sich verbieten können dass der Staat überhaupt in diese Fragen hineinredet. Aber bei der grossen Macht der katholischen Kirche über Millionen von Gläubigen wäre es immerhin nicht angenehm, wenn etwa in Grenzbezirken ein Ausländer oder auch ein ausländisch gesinnter Deutscher zum höchsten Kirchenfürsten bestimmt oder wenn die Ausbildung der katholischen Priester ganz getrennt und abweichend von der allgemeinen höheren Bildung in Deutschland durchgeführt würde. Insbesondere da nach der Verfassung die katholisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten aufrecht erhalten werden müssen, ist irgend eine Verständigung zwischen Staat und Kirche über ihre Besetzung unvermeidlich. Der Staat hat sich, gestützt auf die Dotationen,

die er gibt, auf allen diesen Gebieten Aufsichtsrechte gesichert, die kein übermässig grosse praktische Bedeutung haben mögen, aber doch einen Schutz gegen schwere Missstände sind und namentlich für die Zukunft allerlei Konfliktsmöglichkeiten vorbeugen.

Hier liegt für uns der einzige Wert des Konkordats. Die Republik darf nicht den Fehler machen, den das Kaiserreich mit dem Kulturkampf begangen hat. Die Grosszügigkeit, mit der die Weimarer Verfassung die Kirche behandelt hat, muss auch für die Politik der Republik im ganzen gelten. Im Kampf gegen staatliche Verfolgungen, im Kampf gegen Bismarck ist der politische Katholizismus stark geworden. Aufklärung und Gewinnung der katholischen Arbeiter wird für die sozialistische Bewegung umso leichter sein, je weniger die Kirche sich über Verfolgung, Bedrückung und Unrecht beschweren kann. Natürlich darf deswegen die religiöse Freiheit und der geistige Fortschritt nicht gehemmt werden; aber das geschieht durch diesen Kirchenvertrag auch in keiner Weise. Deshalb hat die Sozialdemokratische Fraktion ihm zugestimmt und Ministerpräsident Braun seine Unterschrift darunter gesetzt. Wir möchten annehmen, dass der Vertrag ohne wesentliche Schwierigkeiten in der Sommertagung des Landtags verabschiedet werden wird. Dann dürfte es von dem Konkordatsgeschrei bald völlig still werden; denn eine Wirkung dieses Vertrages nach aussen hin wird niemald zu spüren bekommen oder feststellen können.

SPD. Paris, 14. Juni (Eig.Drahtber.)

In hiesigen politischen Kreisen wird das Ergebnis der Madrider Beratungen mit unverhohlener Befriedigung betrachtet. Mit Entschiedenheit wird jedoch der in der Rede Stresemanns vertretene Standpunkt zurückgewiesen, dass es sich hier nur um eine Etappe auf dem Wege zur Endlösung des Minderheitenproblems handeln könne.

SPD. Der Reichskanzler empfing am Freitag die deutschen Sachverständigen der Pariser Konferenz, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Dr. Melchior und Geheimrat Kastl im Beisein der an der Reparationsfrage beteiligten Minister und zuständigen Beamten. Der Reichskanzler sprach den Sachverständigen den aufrichtigsten Dank der Reichsregierung für die aufopfernde Arbeit in Paris aus und fügte den Dank an die in erster Linie beteiligten Beamten, insbesondere die Ministerialdirektoren Dorn, Schäffer, Ritter sowie die Ministerialräte Berger und Claussen hinzu. Daran schloss sich eine kurze Erörterung der an den Sachverständigenplan anknüpfenden allgemeinen Fragen.

SPD. London, 14. Juni (Eig.Drahtber.)

Die drei französischen Flieger, die mit ihrem Flugzeug "Yellow Bird" (Gelber Vogel) am Donnerstag in Amerika zu einem Ozeanflug mit dem Ziel Paris gestartet sind, haben einen französischen Dampfer verständigt, dass sie wegen Benzinmangel in Portugal oder auf den Azoren zu landen gedenken.

SPD. Am Donnerstag war zum Schluss der interfraktionellen Verhandlungen über die Erwerbslosenversicherung vereinbart worden, die Beratungen am Freitag Nachmittag fortzusetzen. Die Fraktionen der Regierungsparteien sollten vor dieser Sitzung nochmals zur Beitragserhöhung und zur Regelung der Saisonarbeiterunterstützung Stellung nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion billigte die bisherige Haltung der Unterhändler und gab ihnen Vollmacht, die Verhandlungen über da Sofortprogramm unter Einbeziehung der Beitragserhöhung und der Saisonarbeiterunterstützung forzuführen.

Einen entgegengesetzten Beschluss fasste die Fraktion der Deutschen Volkspartei. Sie beschloss einmütig eine Beitragserhöhung -wenn auch nur befristet- unter allen Umständen abzulehnen. Aehnlich ist die Haltung der Demokraten. Sie sind so oft fest von der Richtigkeit ihrer ablehnenden Haltung zur Beitragserhöhung überzeugt, dass sie bereit sind, diesen Standpunkt aufzugeben, wenn es die Deutsche Volkspartei auch tut. Nachdem der Abg. Vorsitzende des Ausschusses Esser (Ztr.) den Beschluss der Deutschen Volkspartei entgegengenommen hatte, teilte er den übrigen Regierungsparteien mit, dass er infolge der ablehnenden Haltung der Deutschen Volkspartei nunmehr seine Mission als erledigt betrachten müsse. Die in Aussicht genommene interfraktionelle Sitzung fand infolgedessen nicht mehr statt.

Das Reichskabinett wird sich jetzt nochmals damit zu beschäftigen haben, auf welchem Wege es die Neuorganisation der Erwerbslosenversicherung vorzunehmen gedenkt. Das Kabinett hatte ursprünglich bei der Beratung seines Sofortprogramms von einer Beschlussfassung Abstand genommen, um den Regierungsparteien Gelegenheit zu geben, eine Verständigung in den Fragen der Beitragserhöhung und der Regelung der Saisonarbeiterunterstützung zu versuchen. Nachdem diese Verständigung gescheitert ist, dürfte auch das Schicksal des Sofortprogramms besiegelt sein; denn die Sozialdemokratie ist nicht geneigt, ein Gesetz zur Beseitigung der Misstände in der Arbeitslosenversicherung zu verabschieden, ohne dass der schwerste Misstand, nämlich die Finanzschwierigkeit der Reichsanstalt gleichzeitig behoben wird.

SPD. Kiel, 14. Juni (Eig.Drahtber.)

Im Zusammenhang mit dem Bombenattentat in Hohenlestedt verhaftete die Polizei einen rechtsradikalen Handlungsreisenden, der seit längerer Zeit Führer der Landvolkbewegung in Hohenlestedt gewesen ist. Gegen die Verhaftung legte der Rechtsbeistand des Verdächtigten Beschwerde ein, der das Landgericht stattgab. Infolge der ausserordentlich starken Verdachtsmomente dürfte die Staatsanwaltschaft jedoch gegen die Haftentlassung Beschwerde einlegen, sodass mit einer Wiederverhaftung des Verdächtigten zu rechnen ist. Die Polizei glaubt in ihm einen der Täter gefunden zu haben. Da zwischen den drei Bombenattentaten ein unmittelbarer Zusammenhang auch irbezug auf die Täter zu bestehen scheint, kommt der Aufklärung des Attentats von Hohenlestedt besondere Bedeutung zu.

Die wegen Teilnahme an den letzten Revolten in Schleswig-Holstein verurteilten Bauern hatten gegen die Urteile Berufung eingelegt, die jetzt von den Gerichten verworfen wurden. Es bleibt infolgedessen auch bei den 4 Wochen Gefängnis für den Landvolkführer Hamkens.

SPD. Von einem Kommunisten wird uns geschrieben: Seit dem Hinauswurf der Brandlergruppe aus der KPD ist es um Clara Zetkin still geworden. Im letzten Winter beabsichtigte Frau Zetkin ihren deutschen politischen Freunden dadurch zur Hilfe zu eilen, dass sie in öffentlichen Versammlungen für die Brandler Opposition und gegen die Thälmann Zentrale sprechen wollte. Bucharin und Rykow haben sie von diesem Schritt abgehalten. Inzwischen sind alle Funktionäre der Brandler Richtung, mit der sich Clara Zetkin wiederholt solidarisch erklärt hat, aus der KPD wegen "konterrevolutionärer Gesinnung und Betätigung" ausgeschlossen werden. Auch Clara

Zetkin würde, wenn sie nach Deutschland zurückgekehrt wäre, das gleiche Schicksal erfahren haben. Das ist ihr von Stalin unverblümt erklärt worden. Gleichzeitig wurde ihr nahegelegt, sich von der Behandlung innerparteilicher Fragen zurückzuhalten, und den Aufenthalt in Russland, auf dessen Verlängerung ein sanfter Zwang ausgeübt wird, zur körperlichen Erholung zu benutzen.

In rechtskommunistischen Kreisen zirkulieren Schreiben, in denen den Brandlerleuten nahegelegt wird, sich ähnlich wie die Versöhnler in der KPA zu unterwerfen und eine abwartende Haltung einzunehmen. Es wird offen die Erwartung ausgesprochen, dass Thälmann zum l e t z t e n M a l e einen Parteitag der KPD beherrscht habe.

SPD. Genf, 14. Juni (Eig. Drahtber.)

Die allgemeine Aussprache über die Tätigkeit des Arbeitsamtes wurde am Freitag von Albert Thomas mit einer gross angelegten Schilderung der Lage des Arbeitsamtes und seiner Tätigkeit beendet. Thomas beschäftigte sich vor allem mit den Hemmnissen, die die Tätigkeit des Amtes dadurch erleide, dass wirtschaftlich sehr wichtige Staaten wie die Vereinigten Staaten und Russland sich nicht an den Genfer Arbeiten beteiligen. Er bedauerte ferner die sehr peinliche Tatsache, dass Argentinien, das im vorigen Jahre den Präsidenten der Arbeitskonferenz stellte, sich seitdem zurückgezogen habe und überhaupt nicht vertreten sei. Besondere Möglichkeiten, diese Staaten zu näherer Mitarbeit heranzuziehen, bestänen nicht. Thomas wies im übrigen eine Reihe von Vorstössen der Arbeitgeber aus der voraufgegangenen Generaldebatte zurück. Er warnte davor, die Hoffnungen, die die Arbeiterklasse seit 1919 in die Tätigkeit der Arbeitskonferenzen setze, durch Beschränkungen und Verwässerungen der Ergebnisse der bisherigen Arbeit zu enttäuschen.

Inbezug auf die Ratifikation ist Thomas Optimist. Es seien seit Beginn der Konferenz eine ganze Reihe neuer Ratifikationen von den verschiedensten Staaten angekündigt worden.

SPD. In dem linkskommunistischen "Volkswillen" finden wir folgende für die Zentrale-Kommunisten charakteristische Notiz:

"Vor drei Wochen brachte die Münzenbergsche Berliner "Welt am Morgen" gross aufgemacht die Mitteilung, dass Theo Evers aus Essen, der noch 7 ½ Jahre Gefängnis zu verbüssen hat, sich freiwillig der Justiz gestellt habe. Wir haben damals die Richtigkeit der Meldung sofort bestritten, da E. zu der Zeit, da die Meldung gedruckt wurde, sich bestenfalls auf der Reise ins Ruhrgebiet befinden konnte. Jetzt wird berichtet, dass E. tatsächlich erst einige Tage später in Essen verhaftet worden sein soll.

Wir fragen an: Wer hat die Meldung über E. in "Berlin am Morgen" gebracht? Welche Absicht wurde mit dieser Notiz verfolgt? E. war aus Russland, wo er sich 8 Jahre aufhielt, nach Deutschland zurückgekommen. Er war wegen oppositioneller Haltung von der Universität des Westens entlassen. Er fand keine ausreichende Unterstützung durch die "Rote Hilfe". Sie würde ihm nach seiner Rückkehr nach Deutschland völlig verweigert. Es kam deshalb zu schweren Auseinandersetzungen zwischen E. und den Vertretern der "Roten Hilfe". E. fuhr ins Ruhrgebiet, weil er sich sonst nicht mehr zu helfen wusste. Zu gleicher Zeit erschien die offenbar unwahre Notiz in "Berlin am Morgen." "

SPD. Paris, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Führer des Ozeanflugzeugs "Kanarienvogel" hat am Freitag mittag in einem an seinen Vater in Paris gesandten Funkspruch die Position des Flugzeuges mit 29 Grad westl. Länge und 42 Grad nördlicher Breite, d.i. nördlich von den Azoren, angegeben. Kurz darauf fing ein französischer Dampfer eine drahtlose Mitteilung von Bord des "Kanarienvogels" auf, die besagt, dass die Piloten wegen Benzinmangels versuchen werden, bereits die portugiesische Küste zu erreichen.

SPD. Die deutschnationale Landtagsfraktion teilt zur Unterzeichnung und Veröffentlichung des Konkordats mit :

"Entgegen dem Ersuchen der Landtagsfraktion der deutschnationalen Volkspartei ist der Vertrag zwischen der Kurie und dem preussischen Staat durch den Ministerpräsidenten Braun unterzeichnet worden. Unabhängig von der Prüfung des sachlichen Inhalts und der Frage, ob danach eine Annahme des Konkordats für di Deutschnationalen in Frage kommen kann, hält die deutschnationale Landtagsfraktion nach wie vor an ihrer bisherigen Forderung fest, dass der Vertrag mit der Kurie nur angenommen werden darf, wenn in unlöslicher Verbindung damit gleichzeitige und gleichwertige Verträge mit den evangelischen Kirchen abgeschlossen werden.

SPD. Riga, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Freitag wurde anlässlich des fünfundzwanzigjährigen Parteijubiläums der Parteitag der lettischen Sozialdemokratie eröffnet. Unter grossem Beifall überbrachte Crispien (Deutschland) die Grüsse der Internationale. Reichstagsabgeordneter Hildenbrand begrüsste den Parteitag im Auftrage des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie.

SPD. Der Rechtsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit dem Gesetzentwurf über die Verlängerung des Republikschutzgesetzes um weitere drei Jahre.

Abg. Dr. Everling (Dnat) lehnte den Entwurf ab, da es sich um ein Gesetz zum Schutz der Revolution gegen Kritik handele. Abg. Maslowski (Komm) forderte gleichfalls die Beseitigung des Gesetzes, das lediglich dazu diene, eine einseitige Klassenjustiz gegen das Proletariat durchzuführen. Demgegenüber betonte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz), man müsse sich an die Erregung erinnern, die durch das deutsche Volk nach dem Erzberger- und Rathenau-Mord im Jahre 1922 gegangen sei. Das Gesetz habe das Gute mit sich gebracht, dass seitdem keine derartige Mordtat mehr begangen worden sei. Es werde den Kommunisten schwer fallen, auch nur einen Fall anzuführen, in dem ein Kommunist lediglich auf Grund des Republikschutzgesetzes verurteilt worden sei.

Reichsjustizminister von Guérard führte aus, das Republikschutzgesetz könne nicht entbehrt werden, ehe das neue Strafgesetzbuch in Kraft getreten sei. Die von dem Abg. Dr.Everling bekämpfte Vorschrift des Gesetzes sei bereits in dem vom damaligen Reichsjustizminister Hergt vorgelegten Strafgesetzentwurf enthalten gewesen. - Weiterberatung am Montag.

SPD. Karlsruhe, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Der badische Justizminister Dr. Trunk, der dem Zentrum angehört, hat dem Vorsitzenden des badischen Zentrums schrift mitgeteilt, dass er bei der Neubildung der Regierung nach den am 27.Oktober stattfindenden Landtagswahlen das Amt eines Ministers nicht mehr annehmen werde. Dr. Trunk gehörte der badischen Regierung seit der Umwälzung im Jahre 1918 an.

SPD. Das Organ der christlichen Gewerkschaften "Der Deutsche" äusserte sich über die Haltung der Deutschen Volkspartei zur Arbeitslosenfrage scharf kritisch. Das Blatt schreibt :

"Die starre, von den Arbeitgebern stark beeinflusste Haltung der Deutschen Volkspartei schafft nicht nur die stärkste Gegensätzlichkeit, sondern sie birgt auch einen ernsten politischen Konfliktstoff in sich. Die Deutsche Volkspartei muss sich angesichts dessen darüber klar sein, dass alle anderen Parteien eine Gefährdung des Gesetzes selbst nicht zulassen. Will diese Partei das Odium auf sich nehmen, das Gesetz selbst in seinen Grundlagen unmöglich machen zu wollen? Wenn sie dazu nicht gewillt ist, dann muss sie die nach Ansicht fast aller Sachverständigen notwendige Beitragserhöhung zugeben, oder aber dafür eintreten, dass das Reich nicht nur die bisher gewährten Darlehn niederschlägt, sondern auch zukünftig mit Zuschüssen einspringt.

Wir sind gewiss keine Freunde der Beitragserhöhung und haben unsere Bedenken dagegen wiederholt geltend gemacht. Aber wir haben von Anbeginn der Debatte den Standpunkt vertreten, dass wir bei der Frage: Entweder schwerer Einbruch in die Struktur des ganzen Gesetzes oder Beitragserhöhung für die Beitragserhöhung Stellung nehmen. In dieser Hinsicht sind sich auch die Angestellten, die mehr denn je von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, mit den Arbeitern einig. Wenn zudem das Reich die gewährten Darlehen niederschlägt - und es wird sich dieser Forderung gerechterweise kaum entziehem können -, dann wird die Beitragserhöhung auch wohl nur für eine gewisse Zeit notwendig sein. Es ist schliesslich nicht damit zu rechnen, dass auch der nächste Winter so anormal schwer wird. Bei dem ehrlichen Willen auch der Gewerkschaften, vorhandene Missstände auszuräumen, dürfte eine Einigung nicht unmöglich sein. Wenn die Arbeitgeber aber glauben, ihren parteipolitischen Einfluss bis ins Unerträgliche geltend zu machen, dann werden sie auf stärkste, für sie unüberwindliche Widerstände stossen. Das Gesetz ist einmal da. Es muss und wird weiterleben."

SPD. London, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Ein Londoner Morgenblatt hatte in seiner Freitagausgabe in sensationeller Aufmachung von einem Vorstoss des britischen Bergarbeiterverbandes gegen die Regierung berichtet, als dessen Zweck eine sofortige Aufhebung des konservativen Achtstundentaggesetzes für den Bergbau angeführt wurde. Der durchsichtige Zweck dieses Manövers war, nachzuweisen, dass die Gewerkschaften durch übereilte Forderungen eine Art Revolverpolitik gegen die Arbeiterregierung zu betreiben gedachten. Die Zeitungsmeldung wird nunmehr vom Bergarbeiterverband dementiert. Der Präsident des Verbandes, Herbert Smith, fügte dem offiziellen Bulletin persönlich hinzu, er hoffe, dass sein Verband alle nötigen Rücksichten auf die Regierung nehmen werde, dass jedoch andererseits der Weg zu der früheren Regelung (Siebenstundentag) zurückgefunden werden würde.

SPD. Paris, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Pariser Zeitungsdiktator und Parfümfabrikant Coty hatte sich am Freitag vor dem Pariser Polizeigericht wegen Vergehen gegen das Pressegesetz zu verantworten. Er wird von den drei grossen französischen Zeitungsvereinigungen, die ihn wegen der Konkurrenz des von ihm gegründeten Blattes "Ami de Peuple" unermüdlich verfolgen, beschuldigt, von ihm geäusserte Lügen und Schmähungen trotz eingesandter Berichtigungen in seinen Blättern nicht richtig gestellt zu haben. Bei dieser Gelegenheit wird Herr Coty in der Öffentlichkeit wieder einmal etwas weiter diskreditiert, als er das ohnehin schon längst ist. Die Kläger suchen nämlich nicht ohne Erfolg den Beweis dafür anzutreten, dass der Patriotismus Herrn Cotys an seiner Geschäftstüchtigkeit ein natürliches Ende findet, und legen zu diesem Zwecke zwei auch in Deutschland verbreitete Propagandaschriften vor. In der einen erklärt der Zeitungsgewaltige er sei stets für die Rückgabe der früheren deutschen Kolonien an das Reich eingetreten, und in der anderen hebt er zum Beweise seiner angeblichen Deutschenfreundlichkeit hervor, er habe verschiedentlich Propaganda für deutsche Automobilmarken gemacht.

SPD. London, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Die durch den kurz vor den Wahlen erfolgten Tod des Kandidaten der Arbeiterpartei notwendig gewordene Nachwahl in Rugby führte zu keiner Veränderung des bisher konservativen Besitzstandes. Trotzdem vermag die Arbeiterpartei mit Befriedigung auf das Wahlergebnis in Rugby zurückzublicken. Während 1924 der Kandidat der Arbeiterpartei mit insgesamt 3 768 Stimmen an dritter Stelle stand, hat die Arbeiterpartei diesmal 11 588 Stimmen erhalten und damit den liberalen Kandidaten an dritte Stelle gedrückt. Die konservative Mehrheit hat sich um 600 Stimmen verringert. Damit liegt das letzte Wahlergebnis vor.

Der endgültige Stand der Parteien ist jetzt: Arbeiterpartei 288, Konservative 261, Liberale 59, Unabhängige 7 Sitze. Der Stand der Parteien bei der Auflösung des letzten Parlamentes war: Konservative 400, Arbeiterpartei 162, Liberale 46, Unabhängige 7 Sitze.

SPD. Der Steuerausschuss des Reichstages nahm am Freitag einen Antrag an, der bestimmt, dass bei buchführenden Steuerpflichtigen die Verlustbeträge der beiden unmittelbar vorangegangenen Steuerabschnitte als Verlustvortrag berücksichtigt werden dürfen. Ferner wurde eine Entschliessung angenommen, nach der bei der Festsetzung der Durchschnittssätze der nichtbuchführenden Landwirte und Gewerbetreibenden für die Einkommensteuer auch Verlustbetriebe mitberücksichtigt werden sollen.

SPD. Amsterdam, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Überfall auf der westindischen Insel Curacao hat die Regierung von Venezuela veranlasst, den Niederlanden in einer Note ihr Bedauern über den Vorfall auszudrücken. Die Note schliesst mit der Erwartung, dass die Behörden von Curacao eine eingehende Untersuchung des Vorfalls vornehmen und die verantwortlichen Täter genau feststellen.

Der niederländische Kolonialminister äusserte am Freitag vor vertretener Presse, dass seine Regierung durch den Vorfall auf Curacao wahrscheinlich gezwungen werde, in Westindien ständig ein Kriegsfahrzeug zu unterhalten.

SPD. Brüssel, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Die Verhandlungen zwischen der belgischen und deutschen Regierung über die Frage der Markentschädigung trugen bisher durchaus freundlichen Charakter. Immerhin ist kaum mit einer schnellen Einigung zu rechnen. Ehe das Endstadium der Verhandlungen erreicht wird, dürften die deutschen Delegierten nochmals mit der Reichsregierung in Berlin Rücksprache nehmen.

SPD. London, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Professor der Universität Yale (USA), Dr. Seymour, veröffentlicht in einer dortigen Zeitschrift einen Artikel, in dem auf Grund eines bisher unbekannten Materials zum erstenmal die interessante Mitteilung gemacht wird, dass der amerikanische General Pershing als einziger der alliierten Generäle während des Weltkrieges gegen den Abschluss des Waffenstillstandes mit Deutschland Einspruch erhoben habe. Oberst House, auf dessen noch unveröffentlichte Aufzeichnungen sich der Artikel Professor Seymours stützt, habe das diesbezügliche Memorandum des Generals Pershing Clemanceau und Lloyd George vorgelegt. Beide hätten Pershings Ratschlag jedoch "mit einer verächtlichen Geste" bei Seite geschoben.

SPD. Die Finanz- und Steuerdeputation der Stadt Berlin beschloss am Freitag hinsichtlich der Vergnügungssteuer der Notlage der Kinobesitzer durch eine individuelle Behandlung der einzelnen Theater Rechnung zu tragen. Die Steuer wird ab 1.Mai bis 15.September bei einem nachgewiesenen Besucherrückgang (gegenüber dem Vorjahre) von 10 bis 20 Prozent um ein Drittel, bei einem Rückgang von mehr als 20 Prozent um die Hälfte herabgesetzt werden. Die herabgesetzten Beträge werden zunächst gestundet. Am 15.September werden die Beträge, die sich aus dem Besucherrückgang insgesamt ergeben haben, niedergeschlagen. Die gesamte Regelung erfolgt durch die Verwaltung ohne Antrag.

SPD. Der Hauptausschuss des preussischen Landtages nahm am Freitag einen sozialdemokratischen Antrag zur Behebung der ungeheuren Notlage der schlesischen Stadt Langenbielau an. Der Antrag sieht u.a. die Übernahme des von der Stadt allein zu tragenden Beitragsfünftels für die Krisenfürsorge auf den Staat vor, ferner Beihilfen für die Kinderspeisung, einen laufenden Unterhaltszuschuss von 5 000 Mark zu Gunsten eines Erholungsheimes füt tuberkulosekranke Kinder, besondere Hauszinssteuermittel und Baudarlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen.

Abg. Lang-Langenbielau (Soz) schilderte das grauenhafte Weberelend in der dortigen Gegend und betonte, die ungeheure Arbeitslosigkeit bedinge eine gewaltige Belastung der Stadt Langenbielau. Wohnungselend, Tuberkulose und Sterblichkeitsziffer der Bevölkerung hätten in diesem Hungergebiet die Spitze erreicht. Zu allem Unglück habe sich in den letzten Wochen die Notlage der Textilarbeiter durch die grundlose Aussperrung noch gesteigert. Das Eingreifen der Staatsregierung sei dringend geboten. Abg. Winzer (Soz) führte aus, die Schlesier hätten das bittere Gefühl, dass ihre Notlage vielfach nicht so gewürdigt werde wie diejenige anderer Grenzgebiete. Der Kreis Reichenbach, besonders aber die Stadt Langenbielau, hätten unter dem Fehlen der bisherigen Textil-Absatzgebiete schwer zu leiden. In keiner Gegend Deutschlands sei der Unterschied zwischen Elend und Besitztum so krass, wie in diesem Bezirk. Die mangelnde Hilfsbereitschaft des Wohlfahrtsministeriums im Hinblick auf den Wohnungsbau und die Kinderspeisungen sei bedauerlich. Ein Vertreter des Innen-

ministeriums erklärte, die Staatsregierung werde mit Rücksicht auf die Notlage des Kreises Reichenbach Kredite in Höhe von 500 000 Mark zur Verfügung stellen.

Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung aufforderte, acht Millionen Mark zur Behebung der niederschlesischen Bergarbeiternot zur Verfügung zu stellen. Ein Vertreter der Kommunisten erklärte, der Antrag sei nicht gestellt, um den Bergarbeitern zu helfen, sondern um die Stellung der Sozialdemokratie agitatorisch verwerten zu können. Daraufhin wurde der Antrag abgelehnt.

SPD. Der Preussische Landtag ist endgültig auf Dienstag den 15.Juni mittags 1 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen kleinere Vorlagen.

SPD. Wien, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

An der Wiener Universität sind seit annähernd 14 Tagen fortgesetzte antisemitische Krawalle zu verzeichnen. Das Rektorat hat sich deshalb veranlasst gesehen, den Hakenkreuzlern zunächst das Tragen ihrer Abzeichen zu verbieten und darüber hinaus die Schliessung der Universität anzudrohen. Die rechtsradikalen Studenten haben darauf mit dem geschlossenen Übertritt zur Heimwehr geantwortet. Dieser Schritt soll in der Absicht erfolgt sein, eines Tages mit Hilfe der Nationalsozialisten die Universitätsrampe zu stürmen.

Die demokratische Studentenschaft hat sich jetzt in einem Aufruf an die Öffentlichkeit gegen die Krawalle ihrer rechtsradikalen Kollegen gewandt. Darin heisst es u.a., dass die Situation heute der vor dem 7.Oktober vorigen Jahres gleiche. Der Unterschied sei nur der, dass diesmal Zusammenstösse nicht nur wahrscheinlich, sondern mit Sicherheit zu erwarten seien. Niemand könne heute wissen, ob der aufgeregten Stimmung nicht plötzlich Menschenleben zum Opfer fallen und ob nicht Mitglieder der nichtakademischen Wehrformationen den Kampf auf die Strasse verpflanzen würden.

SPD. Paris, 14.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Kammer begann am Freitag nachmittag mit der Diskussion der zur Kolonialpolitik der Regierung vorliegenden Interpellationen. Die Hauptinterpellanten sind der sozialistische Abg. Nouellet und der Kommunist Doriot. Sie werden im Laufe der Debatte, die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, von der Regierung Aufklärung über die unmenschlichen Methoden fordern, die namentlich in Zentralafrika von den dortigen Konzessionen immer noch bei der Rekrutierung von Eingeborenen für Zwangsarbeiten angewendet werden. Andere Antragsteller erkundigen sich über die von der französischen Regierung in Indochina befolgten Richtlinien, über den Schutz der Eingeborenen und über die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in Indochina.

Die Niederlage französischer Truppen in Marokko wird den Gegenstand einer besonderen Debatte bilden, die wahrscheinlich recht stürmisch verlaufen wird. Die Sozialisten sind entschlossen, diesmal von der Regierung Rechenschaft über ihre in Marokko befolgte Politik zu verlangen. Es wird immer deutlicher, dass entgegen dem von der Regierung gegebenen Versprechen wieder einmal eine militärische Aktion unternommen wurde, die über den Rahmen der zur Befriedung des Landes notwendigen Massnahmen hinausging. Der sozialistische Abgeordnete Renaudel forderte bereits am Freitag im Verlaufe einer Wahlversammlung in Lille, dass der für das Geschehene verantwortliche General streng bestraft werde.

SPD. Stuttgart, 14. Juni (Eig.Drahtber.)

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm nach einer Erläuterung des Youngplans durch Fritz Naphtali zu der Reparationsfrage folgende Entschliessung einstimmig an:

"Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes sieht in dem Reparationsplan der Pariser Sachverständigenkonferenz eine Erleichterung der Reparationslasten. In der Festsetzung der Reparationssumme liegt eine bessere Grundlage für die ruhige Entwicklung der deutschen Wirtschaft und damit auch eine bessere Sicherungsmöglichkeit der Lebensbedingungen der deutschen Arbeiterschaft. Wenn auch der Reparationsplan den grundsätzlichen Anschauungen der Arbeiterschaft nicht gerecht wird, so lehnt der erweiterte Beirat als Vertreter der deutschen Metallarbeiter doch jede Katastrophenpolitik ab,die sich aus der Ablehnung des Reparationsplans ergeben müsste. Er fordert die Annahme des Pariser Abkommens, weil etwas Besseres zurzeit nicht erreichbar ist. Er hat das unerschütterliche Vertrauen, dass durch den Fortschritt des sozialistischen Gedankens in absehbarer Zeit den Anschauungen der Arbeiterschaft Rechnung getragen wird. Der Beirat verlangt,dass die Entlastung Deutschlands von Reparationsleistungen in erster Linie dazu dienen muss, die Finanzen des Reiches zu sanieren, um dem Reich die notwendige Bewegungsfreiheit zur Erfüllung seiner sozialen Aufgaben wiederzugeben. Wenn nach der Erreichung dieses Ziels steuerliche Erleichterungen möglich sind, müssen sie den breiten Massen des arbeiten den Volkes zugutekommen. Bei Verhandlungen von derart einschneidender Bedeutung für das Volk und seine arbeitenden Massen muss künftig zu den Pariser Verhandlungen eine Vertretung der Arbeiter mitwirken. "

SPD. Paris, 14.Juni (Eig.Drahtber.)

Im Prozess Roos trat am Freitag als Hauptbelastungszeuge der bereits aus dem Kolmarer Prozess bekannte Polizeikommissar Bauer auf,der die schon hundertmal wiederholte Geschichte der Autonomistenbewegung zum Besten gab,wie man sie in Paris zu schreiben pflegt. Ein im Jahre 1925 in Baden-Baden abgehaltener Kongress, einige Zitate aus der Locarnodebatte im deutschen Reichstag,die berühmte Gesellschaft "Erwinia" und noch vieles andere mehr kam in langen Ausführungen zur Sprache, ohne dass bis jetzt recht ersichtlich wäre,worin dadurch das Bestehen eines regelrechten Komplotts und die Teilnahme des Angeklagten an ihm bewiesen werden soll.

SPD. London, 14. Juni (Eig.Drahtber.)

Im Februar,März und April dieses Jahres starben in Croyden die Tochter einer Familie Sidney, deren Mutter und Schwager. Die Polizei sah sich jetzt auf Grund von Gerüchten veranlasst, die Leichen ausgraben und nach der Todesursache untersuchen zu lassen. Es wurde festgestellt,dass in allen drei Todesfällen gewisse Spuren von Arsenik zu verzeichnen waren. Die Feststellungen haben in London grosse Sensation erregt. Alle Verdachtsmomente weisen auf ein Mitglied der Familie Sidney hin.

SPD. Madrid, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

In der vorletzten Sitzung des Völkerbundrates am Freitag kam der Dringlichkeitsantrag Stresemanns über die Liquidationen des Eigentums ehemaliger Reichsdeutscher in Polen zur Sprache, wobei es zu einem Zwischenfall kam, dessen Tragweite sich erst in der Schlussitzung am Sonnabend übersehen lassen wird. Stresemann gab einen kurzen historischen Ueberblick über die Angelegenheit, die er als eine ausgesprochene Frage des Minderheitenschutzes bezeichnete. Er teilte dabei mit, dass der Versuch, diese Frage durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen mit Hilfe einer gemischten Kommission zu regeln, gescheitert sei.

Zaleski antwortete mit einer langen Erklärung, die in der Sache ziemlich ablehnend war. Die Liquidationenfrage gehöre nicht vor den Rat, denn sie sei ga keine Minderheitenfrage. Die Angelegenheit könne nur in direkten Verhandlungen behandelt werden. Soweit hätte die Antwort keinen Anlass zu ernsthafteren Auseinandersetzungen gegeben. Aber der polnische Aussenminister hielt es für angebracht, mit einer Retourkutsche zu argumentieren, die nichts mit der zur Sprache gebrachten Frage der Liquidationen zu tun hat. Er sagte, dass er ebenso gut seinerzeit die Oppelner Zwischenfälle vor den Rat hätte bringen können, doch würde er davon absehen, um nicht die Diskussion im Rat zu verschärfen.

Stresemann, der über diese scheinheilige Erwiderung sichtlich erregt war, verlangte im Gegensatz zu den Vorschlägen des Vorsitzenden Adatschi, dass die Rede Zaleskis in vollem Wortlaut ins englische übertragen werde. Dann bat er um Vertagung bis auf Sonnabend, da ihn die Ausführungen des polnischen Aussenministers zu einer Antwort zwingen würden.

Adatschi antwortete, dass er fürchte, man würde dann die Tagung am Sonnabend kaum schliessen können. Er hätte die Absicht gehabt, zwischen den beiden Parteien noch am Freitag abend zu vermitteln, um am Sonnabend darüber Bericht zu erstatten. Stresemann erklärte darauf, dass er den Vorschlag mache eine schiedsgerichtliche Kommission unter einem neutralen Vorsitzenden einzusetzen unter der Voraussetzung, dass bis zu ihrem Spruch die Liquidationen eingestellt würden, andernfalls Deutschland den Haager Gerichtshof anrufen werde.

Zaleski antwortete darauf nichts, sodass man den Eindruck hatte, er würde sich diesem Vorschlag widersetzen. Jedenfalls wird Adatschi in den Abendstunden zu vermitteln suchen und am Sonnabend über das Ergebnis seiner Bemühungen Bericht erstatten. Die Frage ist nur, inwieweit Stresemann am Sonnabend nochmals das Wort ergreifen wird, um die Anspielung Zaleskis auf die Oppelner Zwischenfälle zurückzuweisen. Er selber scheint die Absicht zu haben, mit aller Schärfe die Hineinziehung dieser bedauerlichen Vorkommnisse, die die Reichsregierung bereits zur Genüge verurteilt hat, zurückzuweisen und zu betonen, dass zwischen den Liquidationen und den Ausschreitungen nationalistischer deutscher Elemente in Oppeln nicht der geringste Zusammenhang besteht.

SPD. Stuttgart, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

In dem Sittlichkeitsprozess gegen den Inhaber des Fackel-Verlages Stuttgart beantragte Staatsanwalt Cuhorst am Freitag wegen der Prospekte zu der Novelle von Balzac und wegen des dem Buch von Dr. Hodann beigelegten Reverses, auf dessen Einsendung die Käufer die zu dem Buch gehördenden Bildertafeln erhalten, eine Gesamtstrafe von 600 Mark. Das Urteil lautete auf 150 Mark Geldstrafe für den Balzac-Prospekt und 100 Mark Geldstrafe für den Revers zum Hodannschen Buche.

SPD. Genf, 14. Juni (Eig.Drahtb)

Die Arbeitergruppe der 12.Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beschloss gegen die ungerechtfertigten Verhaftungen in Litauen die Schliessung der Geschäftsstellen der Gewerkschaften und die Verletzung der Gewerkschaftsfreiheit, die ohne Unterschied gegen die freien und christlichen Gewerkschafte jeden Tag von neuem begangen werden, energisch zu protestieren. Die Arbeitergruppe fordert, dass das Leben und die Freiheit Aller in Litauen geachtet wird. Sie erklärt ihre Solidarität mit den in Litauen Verfolgten und wird protestieren, bis die Ungerechtigkeit und Brutalität in Litauen endlich ein Ende finden werden.

SPD. Kiel, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Sonntag beginnt in Kiel die nordisch-deutsche Woche, deren Aufgabe es sein soll, die Beziehungen Deutschlands zu den skandihavischen Ländern zu vertiefen. Im Rahmen der Veranstaltung werden deutsche und skandinavische Vertreter die allen Ländern gemeinsamen Interessen erörtern. Im Mittelpunkt der Eröffnungskundgebungen stehen Ansprachen des Reichsministers Dr. Dietrich und des Kultusministers Dr. Becker.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 14. Juni (Eig. Bericht)

Am Freitag beriet der Reichstag den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums. Reichsverkehrsminister Stegerwald leitete die Aussprache durch einen längeren programmatischen Vortrag ein.

Stegerwald ist nie ein hinreissender Redner; wenn er aber im wesentlichen nur den Vortrag zu verlesen hat, der in seinem Ministerium ausgearbeitet worden ist, gehört schon einige Ausdauer dazu, ihn anzuhören. Das Haus war denn auch nur sehr schwach besetzt, und während des ganzen Tages hielt das mangelnde Interesse der Abgeordneten an diesem Teil der Etatsberatungen an. Bemerkenswert war die Mitteilung Stegerwalds, dass die Reichsregierung zurzeit einer Tariferhöhung ablehnend gegenüberstehe. Mit etlichem Geschick wand sich Stegerwald durch die vielfachen Wünsche auch das Zentrumsgebieten hindurch, die eine Erweiterung des Kanalnetzes verlangen. Er setzte sich eigentlich nur für den Mittellandkanal, den Rhein-Main-Donau-Kanal, die Neckarkanalisation und die Regulierung der Oder ein. Es dürfte in diesem Programm kein Wirtschaftsgebiet auf Kosten des anderen bevorzugt werden. Auch den Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals will Stegerwald fördern. Dagegen liess er die Aachen-Kölner Kanapläne und einige ähnliche Projekte einstweilen in der Versenkung verschwinden. Zur Entwicklung des Kraftverkehrswesens kündigte er Ausbau des Strassennetzes durch die Länder an.

Einen sehr sachlichen und sehr viele Gebiete des Verkehrswesens streifenden Vortrag hielt der sozialdemokratische Abg. Hünlich. Er erläuterte zunächst, wie gering der unmittelbare Einfluss des Reichsverkehrsministers auf die Verkehrsanstalten sei. Insbesondere müsse jetzt, da die Reichsbahn wieder in stärkerem Masse eine inner-deutsche Einrichtung werde, dafür gesorgt werden, dass Reichstag und Reichsregierung in höherem Masse Einfluss auf diese Verkehrsunternehmen erlangten. Bei den Wasserstrassen warnte Hünlich vor zu grossen Abstrichen, da dadurch die Bauzeit verlängert und die Baukosten verteuert würden. In den Fragen des Kraftverkehrswesens wünschte der Redner eine grössere Vereinheitlichung. Entschieden ablehnend verhielt er sich gegen neue Luxusautomobilstrassen wie etwa die Strasse von Hamburg nach Basel. Er anerkannte, dass die Luftfahrt noch nicht aus eigenen Mitteln sich erhalten könne. Umsomehr müsse an überflüssigen Dingen auf diesem Gebiet gespart und eine energische Zusammenfassung angestrebt werden. Mit Recht lehnte Hünlich das Stellen von agitatorischen Anträgen ab, denn alle diese Anträge haben bei der Finanzlage der Reichsbahn keinerlei Aussicht auf Erfolg.

Der Zentrumsredner Gross unterstützte lebhaft seinen Parteigenossen auf dem Ministerstuhl. Er wünschte, dass die Reichsbahn nach der Ratifizierung der Pariser Beschlüsse wieder dem Verkehrsminister unterstellt werde. Eine reichlich anmassende Rede hielt wie immer der deutschnationale Abg. Dr. Quaatz. Er behauptete, dass die Reichsbahn, wenn jetzt das Pariser Gutachten in Kraft trete, uns nach den Dawesjahren in sehr heruntergewirtschafteten Zustande wieder überlassen werde. Die Stadt Berlin verfeuere viel englische Kohle, was ein Skandal sei. Die Reichsbahn sei kein rationalisiertes Unternehmen. Tarifpolitisch macht er ihr zum Vorwurf, dass die Reichsbahn die nationale Bedeutung der Wirtschaftspolitik in den Grenzgebieten nicht genügend zu würdigen verstehe.

Aus der weiteren langen Debatte ist hervorzuheben die übliche kommunistische Rede, und zwar an diesem Tage in zweifacher Auflage, die die Sozialdemokratie für alle Misstände im Verkehrswesen verantwortlich macht. Der Deutsche Volksparteiler Hugo sprach sich sehr entschieden gegen Lohnerhöhung aus. Der Minister Stegerwald erklärte in Beantwortung einer Interpellation, die 48Stundenwoche bei Post und Eisenbahn würde 400 Millionen Mark mehr kosten. Daran sei jetzt nicht zu denken. - Weiterberatung: Sonnabend 10 Uhr.

Aus aller Welt

Opfer der Trichinose.

Ein Fleischbeschauer unter Anklage.

SPD. Vor der grossen Strafkammer Plauen begann die Berufungsverhandlung gegen den früheren Fleischbeschauer im Amtsgericht Klingenthal, der sich unter derAnklage der fahrlässigen Tötung zu verantworten hat. Die Verhandlung dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Der Angeklagte hatte vom März 1919 bis Juli 1926 die Funktion des Fleischbeschauers im Bezirk Klingenthal. Er hatte seit dem Jahr 1920 das geschlachtete Vieh auch auf Trichinen zu untersuchen. Obwohl vorgeschrieben war, die zu prüfenden Fleischproben in numerierten Blechbüchsen unterzubringen, wickelte der Angeklagte die Proben nur in Papier ein. Dadurch wurde später die Kontrolle, zu welchem Schlachtstück jede einzelne Probe gehörte, ausserordentlich erschwert. Vor allem aber wird der Angeklagte beschuldigt, seinen amtlichen Stempel "Fleischbeschau, Bezirk Klingenthal" auch auf Schlachtstücke gesetzt zu haben, die noch garnicht untersucht waren. Die Folge war, dass zahlreiche trichinöse Stücke zum Verkauf gegeben wurden. Besonders gravierend ist einer der bekannt gewordenen Fälle: der Angeklagte hatte in einem Fleischerladen seinen amtlichen Stempel auf ein geschlachtetes Schwein gedrückt, das nicht oder höchstens ganz flüchtig untersucht worden war. Die Folge waren zahlreiche Erkrankungen, die sich auf über hundert steigerten. Davon mussten fünf Personen - der Stickmeister Baumann aus Eibenstock, die Frau des Gastwirts Pfeifer in Zwotenthal, Ernst Pfeifer, eine Frau Staab und der Dolmetscher Bähr aus Siebenbrunn - die Nachlässigkeit des Angeklagten mit dem Tode bezahlen.

Bei seiner Vernehmung musste der Angeklagte zugeben, dass Verwechselungen der Proben schon im Schlachthaus vorgekommen seien. Es sei möglich, dass das trichinöse Stück nicht von ihm, sondern von einem anderen gestempelt worden sei

\+ \+ \+

Jakubowski-Prozess. Am Freitag erfolgten im Neustrelitzer Prozess die letzten Auseinandersetzungen zwischen Staatsanwaltschaft, Nebenklage und Verteidigung. Das Urteil soll am Montag nachmittag verkündet werden.

Der letzte Zeuge, Oberkirchenrat und Pastor im Ruhestande Ahlers, bestritt Frau Kähler-Nogens gegenüber etwas von einem angeblichen Tatgeständnis des Fritz Nogens berichtet zu haben. Eine solche Mitteilung würde seinen Grundsätzen widersprechen. Frau Kähler bleibt bei der gegenteiligen Aussage. Hierauf replizierte Oberstaatsanwalt Dr. Weber, wobei er vor allem die Angeklagte Frau Kähler gegenüber der Behauptung in Schutz nahm, sie habe als Anstifterin fungiert. Wie man es auch immer drehen und deuten möge, immer seien für Jakubowski die Kinder ein wesentliches Hindernis für die beabsichtigte Wiederheirat gewesen, und hierin liege sein eigentlicher Beweggrund. Nichts könne darüber hinwegtäuschen, dass sich Jakubowski als verschlagener Mensch, mitunter sogar als ein Mensch von niederträchtigem Charakter gezeigt habe. Rechtsanwalt Dr. Brandt spricht sein Bedauern darüber aus, dass Oberstaatsanwalt Weber unverständlicher weise an seiner früheren Einstellung voll festhalte. Nach weiteren Erwiderungen der Verteidiger rief der Angeklagte August Nogens dem Richter zu: "Wenn ich als Mörder bestraft werde, hat mich der Oberstaatsanwalt auf dem Gewissen."

Zu dem eigentümlichen Verhalten des Anklagevertreters bemerkt das "Berliner Tageblatt": "Man darf nicht vergessen, dass Oberstaatsanwalt Weber in dem

Prozess gegen Jakubowski als Untersuchungsrichter fungiert hat. Er hat schon damals Jakubowski "Schuft" und "Halunke" genannt."

\+ + +

Der Kriegsanleihebetrug von Dahme. Gegen den vom Amt suspendierten Bürgermeister der Stadt Dahme in der Mark Wendland wurde das Hauptverfahren wegen Betruges eröffnet. Bei einer Revision im August vorigen Jahres war festgestellt worden, dass die dortige Stadtsparkasse in den Jahren 1922/23 ihren Gesamtbesitz von Kriegsanleihe verkauft hatte. Trotzdem waren 100 000 Goldmark als Altbesitz angemeldet worden. Bürgermeister Wendland hatte die zur Anmeldung notwendigen Stücke besorgt.

\+ + +

Ein Amtsvergehen? Der Postassistent Albert Lemaczik war vom Landgericht Köln wegen Fundunterschlagung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht eingelegt. Dessen erster Strafsenat hob am Freitag das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Bonn zurück.

Lemaczik hatte im Mai vorigen Jahres in einem Gang des Postgebäudes, in dem er seinen Dienst ausübte, ein Päckchen gefunden, in dem sich ein Ring im Werte von 32 000 Mark befand. Auf dem Leihhause hatte er dafür 13 Mark bekommen. Das Landgericht Bonn soll nun feststellen, ob nicht ein Amtsvergehen vorliege, da der kostbare Gegenstand in den Diensträumen von einem Beamten gefunden worden sei.

\+ + +

Todesurteil gegen Salewski. In dem Prozess gegen den Zimmermann Erich Salewski wurde am Freitag das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde - entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts - wegen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Der Verteidiger hatte Freisprechung beantragt mit der Begründung, dass der Indizienbeweis keineswegs geschlossen sei.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, das Gericht habe die volle Überzeugung gewonnen, dass der Täter derjenige Unbekannte ist, der mit dem Zug von Leipzig gekommen sei. Ein versuchter Raubmord komme nicht in Frage. Zweifellos stehe auch fest, dass der Mörder gegen die Ermordete Rachegedanken gehabt habe, und auch das treffe auf den Angeklagten zu.

\+ + +

Arbeitsunglück. In einer Leipziger Eisenwarengrosshandlung waren am Freitag zwei Arbeiter mit dem Zerschneiden von fünf bis sechs Meter langen Rohren an einer Maschine beschäftigt. Dabei kamen in einem Rohr befindliche Explosivstoffe zur Entzündung. Dem die Maschine bedienenden 55 Jahre alten Arbeiter wurden beide Hände abgerissen; ein Stück Eisen durchschlug ihm den rechten Oberschenkel. Er erlag seinen schweren Verletzungen. Der andereArbeiter wurde zur Seite geschleudert; er kam mit dem Schrecken davon.

\+ + +

Faule Ausflüchte von Stinnes. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung im Kriegsanleiheprozess schilderte der Angeklagte Hugo Stinnes, wie er im August 1928 beim Untersuchungsrichter mit dem deutschen Kommissar für die Pariser Anleihemeldungen, Heinzmann, zusammengetroffen sei. Dieser habe ihm gesagt, das gegen ihn vorliegende Material sei erdrückend. Er (Stinnes) sei überführt, und es habe keinen Zweck, zu leugnen. Geschehe das aber, so werde man dafür sorgen, dass in der Firma Stinnes das unterste zu oberst gekehrt werde. Er habe darauf Hinzmann erwidert, er könne nichts anderes tun, als die Wahrheit sagen. Heinzmann habe geantwortet, ein Staatssekretär aus dem Justizministerium habe ihm gesagt, im Fall eines Geständnisses würde man die Sache unter den Tisch fallen lassen, da der Regierung die Angelegenheit - im Hinblick auf den deutschen Kredit im Ausland - sehr unangenehm sei. Beim Untersuchungsrichter habe er (Stinnes) dann erklärt, er müsse seine als Zeuge gemachte Aussage aufrecht erhalten. Das Geständnis von Waldows, das ihm vorgelegt worden sei, habe er als

völlig unverständlich bezeichnet. Der Gerichtsvorsitzende richtet an dem Angeklagten darauf die Frage, warum er schliesslich doch ausgesagt habe, dass er bereits Ende des Jahres 1926 von den Fälschungen gewusst habe. Stinnes erwidert, er habe damals gegenüber seiner Mutter, seiner Familie und den Mitgliedern seiner Firma ein schlechtes Gewissen gehabt, dass er sich überhaupt auf ein solches Gelegenheitsgeschäft eingelassen hatte. "Deshalb habe ich mir gesagt: Du hast hier einen grossen Fehler gemacht, dass Du Dich in ein solches Geschäft einliessest. Nun musst Du alles tun, um weitere Folgen von der Firma abzuwenden, indem Du etwas zugibst, war wahrheitswidrig ist. Du musst sehen, dass Du Firma und Familie vollkommen von dieser Sache frei bekommst." Auf die weitere Frage des Vorsitzenden, weshalb Stinnes seine Bekundungen später zurückgenommen habe, erklärte der Angeklagte, das sei auf die Vorhaltungen seiner Anwälte hin geschehen. Diese hätten ihm gesagt: "Herr Stinnes, was haben Sie da für einen Unsinn gemacht? Wie kann man sich so schwer belasten? Herr Heinzmann und Herr Brühl (der Untersuchungsrichter) haben Ihnen das doch nur gesagt, um ein Geständnis aus Ihnen herauszupressen: Sie sind einfach darauf hereingefallen."

\+ + +

Zugzusammenstoss - betriebstechnische Fehler. Bei dem Eisenbahnunglück im Münchener Hauptbahnhof sind 13 Personen leicht verletzt worden. Sie konnten nach Anlegung von Verbänden wieder entlassen werden. Die Schuld an dem Zusammenstoss ist noch nicht geklärt. Der Leiter des rangierenden Leerzuges sagte aus, das zur Räumung der Fahrstrasse mahnende Signal nicht gesehen zu haben.

Man ist gegenwärtig im Münchener Hauptbahnhof daran, automatische Sperrvorrichtungen zu schaffen. So lange diese nicht fertiggestellt sind, sodass die Gleise beim Ausfahren eines Zuges aus dem Bahnhof gesperrt werden bis die Rückmeldung erfolgt, werden sich nach Auffassung der Reichsbahndirektion im Münchener Hauptbahnhof derartige Unfälle nie völlig vermeiden lassen.

\+ + +

Der Prinz im Luxushotel - die Angestellten hungern. Wie ein Berliner Blatt berichtet, haben die Angestellten der Schlossverwaltung Alt-Glienicke bei Potsdam, ferner die Witwen und Pensionäre des Besitztumes seit drei Monaten kein Gehalt und keine Rente bekommen. Von der Vertretung des Prinzen Friedrich Leopold, dem das Schloss gehört, wurden sämtliche Bitten um Teilzahlungen und Vorschüsse abgelehnt. Es handelt sich insgesamt um 80 Personen, die in grösste Not geraten sind. Der Prinz, ein Schwager des Doorner Herrn, der seinen ständigen Wohnsitz in einem Schloss in der Nähe von Lugano hat, wohnt augenblicklich mit seinem Sohn im Berliner Eden-Hotel.

\+ + +

Die Affäre Henckel von Donnersmarck. Zu den angeblichen Aufwertungsansprüchen der Henckel von Donnersmarck'schen Verwaltung gegen die Stuttgarter Terraingesellschaften wird jetzt bekannt, dass von den 21 Millionen Mark, für die das gesamte Gelände durch die gräfliche Verwaltung vom württembergischen Staat im Jahre 1907 erworben wurde, nur fünf Millionen in Friedensmark bezahlt worden sind. Der Rest wurde in der Inflationszeit mit einer Summe bezahlt, die einen Goldwert von nur 50 000 Mark darstellte. Der eigentliche Geschädigte ist also der württembergische Staat, bezw. die Reichsbahnverwaltung als dessen Rechtsnachfolgerin. Die phantastischen Aufwertungsansprüche gegen die beiden beteiligten Gesellschaften werden von diesen aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen abgelehnt.

\+ + +

Meineidsgeständnis Dr Richters - schwer belastende Aussagen. In dem Bonner Giftmordprozess gegen Dr. Richter kamen am Freitag zunächst einige Leumundszeugen zum Wort, die erklärten, dass sie Dr. Richter einen Mord nicht zutrauten. Dagegen wurde der Angeklagte durch den Studenten Sillger, der im gleichen Hause wie die Ermordete - und zwar im dritten Stockwerk über deren Wohnung - gewohnt hat, schwer belastet. Er erzählte, er habe in der Nacht plötz

lich kurz nacheinander drei gellende Schreie gehört, die ihm wie Notschreie vorgekommen seien. Nach dem dritten Schrei habe er sich angezogen und auf den Flur hinaus gehorcht. Dabei habe er gehört, wie Tische und Stühle umgefallen seien und Porzellan geklirrt habe. Ferner habe er den Ruf der Frau Mertens an ihre Tochter gehört: "Liesslottchen, komme mal her, Mutter muss sterben!" Frau Mertens habe dann versucht, die Korridortür zu öffnen. Das sei ihr aber nicht gelungen, weil die Tür immer wieder von innen heftig zugeschlagen worden sei. Der Angeklagte Dr. Richter erklärte die Notschreie der Frau Mertens damit, dass sie sehr wahrscheinlich habe Theater spielen wollen, um in ihrer Hysterie die Bewohner des Hauses darauf aufmerksam zu machen. Eine weitere sensationelle Zeugenaussage machte der Polizeibeamte Mertens, der in der Nacht Dienst hatte, als Dr. Richter mit der Frau zum Spital ging. Er traf die beiden unterwegs, wobei Frau Mertens ihm gesagt habe: "Helfen Sie mir, ich bin vergiftet." Als die Frau in die Klinik gebracht worden war, habe sie ihm gegenüber geäussert: "Bleiben Sie bei mir, er hat mit Dr. Jacobi gesprochen und ihm die Unwahrheit gesagt. Dr. Jacobi ist beeinflusst." Dr. Jacobi habe die Frau später untersucht und gesagt: "Ich kann an Frau Mertens nichts finden." Dr. Jacobi sei dann auf ihn, den Zeugen, zugekommen und habe zu ihm gesagt: "Ich bin froh, dass Sie hier zugegen sind. Ich weiss nicht, was ich mit der Frau anfangen soll. Wenn sie vergiftet wäre, so könnte ich das im Magen feststellen." Darauf sei Frau Mertens auf ihn (Zeugen) zugekommen. Sie habe dauernd den Finger in den Hals gesteckt, um einen Brechreiz hervorzurufen. Das sei ihr aber nicht gelungen. Frau Mertens habe dann erzählt: "Dr. Richter hat mich auf die Erde geworfen und mir einen Knebel in den Mund gesteckt. Er hat mich gewürgt, sodass ich umfiel und der Tisch umstürzte. Ich habe ihn angefleht, er solle mich am Leben lassen, da ich noch jung sei. Er streute auf einen Fingerling weisses Pulver und führte mir dieses in den After ein. Gleich darauf spürte ich ein innerliches Verbrennen." Über den Vorgang in der Kriminalwache, sagte der Polizeibeamte aus, er wisse ganz genau, dass Dr. Richter einen zigarettenähnlichen kleinen Gegenstand zum Verbrennen in den Ofen geworfen habe. Dr. Richter erklärt, es sei ein zusammengeballtes Taschentuch gewesen. Darauf bekundete der Wachtmeister nochmals sehr bestimmt, der Angeklagte habe mit zwei Fingern in die Westentasche gegriffen, einen kleinen weissen Gegenstand - etwa wie eine halbe Zigarette aussehend - herausgenommen und in das Feuer geworfen. Ein Taschentuch sei es nicht gewesen. Die Anklage nimmt an, dass es sich dabei um den Fingerling gehandelt habe.

Die grösste Sensation des Nachmittags war, dass Dr. Richter durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Diedrichs, erklären liess, er habe seinerzeit in der Ehescheidungsklage einen Meineid geleistet.

\+ + +

Betrug und passive Beamtenbestechung. Das Dresdener gemeinsame Schöffengericht verurteilte am Freitag den beim Wohnungsamt beschäftigten, 38 Jahre alten Oberstadtsekretär Martin Gröger wegen Betrugs in Tateinheit mit passiver Beamtenbestechung zu drei Monaten Gefängnis. Ein wegen aktiver Bestechung mitangeklagter Kapellmeister erhielt 400 Mark Geldstrafe, während eine mitangeklagte Kaufmannswitwe freigesprochen wurde.

Gröger hatte sich als Beamter bereit erklärt, der Kaufmannswitwe zu einer Wohnung zu verhelfen, wofür er eine Vergütung von 400 Mark annahm. Die Betrugshandlung wurde darin erblickt, dass Gröger den Interessenten fälschlicherweise angegeben hatte, er werde die Wohnungsangelegenheit selbst betreiben und müsse, damit die Sache schneller zur Erledigung komme, Kollegen mitabfinden. Der Staatsanwalt kennzeichnete das Vorgehen des Beamten als üble Schiebung.

\+ + +

Eifersuchtstat. In Dortmund-Dorstfeld gab ein Bergmann auf seine Frau mehrere Schüsse ab und tötete sich hierauf durch einen Kopfschuss. Die Frau ist lebensgefährlich verletzt. Grund zur Tat war Eifersucht.

Gewerkschaftliche Rundschau

Geschenke für die Grubenbarone.

Protest der Gewerkschaften.

SPD. Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaften, einschliesslich der für die Bergbaubetriebe in Frage kommenden Verbände haben gegen die wenig erfreuliche Verquickung der Aenderung des Lohnsteuergesetzes (Lex Brüning)mit der Lohnregelung für den Ruhrbergbau Stellung genommen. Die Stellungnahme fand ihren Ausdruck in einer Erklärung des Bundesvorstandes des ADGB, die in der neuen Nummer der Gewerkschaftszeitung (Nr. 24) vom 15. Juni veröffentlicht wird. Die Erklärung lautet:

" Die Gewerkschaften halten einen Abbau der Lohnsteuer, wie er im bisherigen Gesetz vorgesehen war, nach wie vor für notwendig. Sie halten aber auch Zuschüsse zur Rentenversicherung aus Reichsmitteln für erforderlich, soweit die Träger dieser Versicherungseinrichtungen durch Folgen des Krieges und der Inflation finanziell schwer belastet sind. Dies trifft sowohl auf die Invalidenversicherung wie auf die Knappschaftsversicherung zu.

Die Gewerkschaften verkennen nicht, dass diese Wünsche auf Leistung weiterer Reichszuschüsse als allgemeinen Steuermitteln bei den derzeitigen Etatschwierigkeiten des Reiches nicht leicht erfüllbar sind. Sie wären deshalb ausnahmsweise bereit gewesen, ihre grundsätzlichen Bedenken gegen die Verwendung des Lohnsteuer-Mehraufkommens zu Zwecken der Sozialversicherung statt zur Lohnsteuersenkung zurückzustellen.

Der wesentlichste Teil der für die Reichsknappschaft bereitgestellten 75 Millionen RM soll aber, wie sich aus dem Schiedsspruch für das Ruhrkohlengebiet ergibt, nicht zur Sanierung der Knappschaftsversicherung, sondern zur Senkung der Knappschaftsbeiträge und damit zur Abgeltung der notwendigen Lohnerhöhungen der Bergarbeiter Verwendung finden.

Dieser Vorgang bedeutet eine Entlastung und Subventionierung der Bergherren. In einer solchen Subventionierung aus Mitteln der Lohnsteuer erblicken die Gewerkschaften eine Massnahme, gegen die sie mit aller Entschiedenheit Einspruch erheben."

Im Aenderungsentwurf zur Lex Brüning, d. h. zum Gesetz über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer, heisst es im § 1: "Ueber die Verwendung und Verteilung des der knappschaftlichen Pensionsversicherung zukommenden Anteils bestimmt der Reichsarbeitsminister das Nähere. "Allein bei den Verhandlungen über das Finanzkompromiss wurden, wie die Gewerkschaftszeitung der Erklärung des Bundesvorstandes vorausschickt, Bindungen vorgenommen, durch die der sozialpolitische Charakter der 75-Millionen-Zuwendung in einen wirtschaftspolitischen umgewandelt worden ist. Nur 9 Millionen der Gesamtsumme sollen der Reichsknappschaft zur Sanierung zugeführt werden, während 66 Millionen zur Senkung der hohen Knappschaftsbeiträge Verwendung finden sollen, und etwa 40 Millionen sind davon bereits durch den Schiedsspruch für das Ruhrkohlengebiet zur Senkung der Beiträge in diesem Tarifgebiet in Aussicht gestellt. In der Begründung des Schiedsspruches, der verbindlich erklärt worden ist, heisst es nach Bezugnahme auf die Lex Brüning:

"Die Lasten der Knappschaftspension sollen im Ruhrbergbau in der Weise herabgesetzt werden, dass im ganzen bei den Untertagearbeitern 4,25 v. H., bei

den Uebertagearbeitern 1,25 v. H. des Arbeitsverdienstes vom Reich getragen werden, die bisher von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen waren. Davon erhalten die Arbeitnehmer zwei Drittel und die Arbeitgeber ein Drittel. Auf diese Weise fliesst in das Ruhrgebiet ein Betrag von etwa 40 Millionen Reichsmark. Den Untertagearbeitern wird dadurch eine Erhöhung ihres Einkommens um etwa 3,45 v. H. gewährt werden, den Uebertagearbeitern eine solche von 1,25 v. H. "

Das alles zeigt unzweideutig, dass die Mehrerträge der Lohnsteuer nicht zur Steuersenkung Verwendung finden, wie das bis jetzt geltende Gesetz verlangte; und auch nicht zur Sanierung der Knappschaftsversicherung dienen, sondern in erster Linie zur Subventionierung der Bergindustrie. Die Senkung der Beiträge zur Knappschaftsversicherung in Verbindung mit Schiedssprüchen, durch die Lohnforderungen der Bergarbeiter so gut wie abgewiesen werden, sind nichts anderes als Subventionen. Die Bergherren werden vor der notwendigen und möglichen Erhöhung der Löhne geschützt.

SPD. Kiel, 14. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Höhepunkt der Tagung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden lag in dem Bekenntnis der Delegierten zur demokratischen und sozialen Republik.

Das Bekenntnis fand in seinem Niederschlag in folgender einstimmig angenommenen Entschliessung:" Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands bejaht die heutige Staatsform. Er betrachtet die Republik als die beste Grundlage für die Fortführung einer gesunden Sozialversicherung. Die soziale Versicherungs- und Versorgungsgesetzgebung hat indes noch sehr viele Mängel und Tücken; sie bietet in der Art und in der Höhe der Versorgung keinen ausreichenden sozialen Schutz. Mangelnde politische Einsicht breiter Wählerschichten hat eine Parlamentsmehrheit geschaffen, die sich nicht von sozialer Verantwortung leiten lässt. Der Verbandstag erwartet von den massgebenden Stellen der deutschen Republik eine stärkere Förderung der Sozialgesetzgebung und eine energischere Haltung gegenüber den offenen und versteckten Feinden des sozialen Volksstaates in den Amtsstuben und im öffentlichen Leben. Solidarisch mit der starken sozialen und republikanischen Arbeiter- und Angestelltenbewegung verspricht die Orgnaisation der Arbeitsinvaliden, kräftig mitzuarbeiten am Aufbau der Republik und an ihrem Ausbau zu einem wirklich sozialen Staatswesen."

Der Vorsitzende des Zentralverbandes Karsten betonte in seiner Begründung der Entschliessung, dass der Staat die Folgen des verlorenen Krieges nicht den Schichten aufhalsen dürfe, denen es ohnehin schon schlecht genug gehe. Diese Forderung an den Staat könne aber nur durchgesetzt werden, wenn die Arbeitsinvaliden sich im Parlament entscheidend zur Geltung bringen. Besser als jede Kritik sei daher die Aufklärungsarbeit, die einer wirklich sozial handelnden Regierung eine feste Grundlage gebe. Für die eigentliche sozialpolitische Arbeit könne sich der Zentralverband keine bessere Plattform wünschen als den demokratischen Staat, dessen gesetzgebende Gewalt vom Volke ausgehe. Weil aber der Zentralverband parteipolitisch neutral sei, müsse jeder in ihm organisierte Arbeitsinvalide klar sehen, wie die Organisation zum heutigen Staat stehe.

Die Wahlen für die Zusammensetzung des Hauptvorstandes erfolgte einstimmig. Gewählt wurden Karsten zum ersten Vorsitzenden, Gäbler-Dresden zum zweiten Vorsitzenden und Matthes - Berlin zum Hauptkassierer. Ebenfalls einstimmig wurden in den Verbandsvorstand gewählt: Schneider - Magdeburg, Thomas - Buer, Schröder - Kiel, Hoffmann - Schlesien, Schneider - Eylau und Dorbeck -Ruhrgebiet. In den Hauptausschuss wurden gewählt: Rhode - Chemnitz, Gessel - Regensburg, Kösserich. - Burg, Dreher- Freiburg und Kollegin Coffarth - Kassel. Damit waren die Verhandlungen abgeschlossen.

Der Verlauf der Tagung war harmonisch und ergiebig. Er zeigte, dass im Zentralverband der Arbeitsinvaliden der Wille zur Hilfe für die Opfer der Arbeit am stärksten lebendig ist.

SPD. Wie die Arbeiter von Konzerngewaltigen gegängelt werden, zeigt überaus drastisch der Verlauf der Tarif- und Lohnbewegung in der Steinzeugindustrie

Wirtschaftlich wird die Steinzeugindustrie zu einem grossen Teil von dem Konzern der deutschen Ton- und Steinzeugwerke A.-G. Charlottenburg, Auf die Tarif- und Lohngestaltung der einzelnen Werke hat die Leitung des Konzerns bisher schon oft einen recht unheilvollen Einfluss ausgeübt. Stellt die Arbeiterschaft in einem Werk Lohnforderungen, dann werden regelmässig die Aufträge einem anderen Werk übertragen und dort, wo die Arbeiterschaft Forderungen stellte, wird Kurzarbeit eingeführt. So wird immer ein Werk gegen das andere ausgespielt. Auch in der Akkordregelung herrscht recht viel Willkür. Klagen über Klagen sind deshalb in den letzten Jahren beim Keramischen Bund eingelaufen. Der überwiegende Teil der Belegschaft verlangt Schaffung einheitlicher Verträge für die gesamte Steinzeugindustrie. Die Durchsetzung dieser Forderung ist überaus schwierig. Der Keramische Bund hat versucht, wenigstens für den grössten Teil der Werke des Konzerns der Deutschen Ton- und Steinzeugwerke A.-G. einen einheitlichen Mantel- und Lohntarif herbeizuführen. Zu diesem Zweck waren auch bereits im Vorjahr die Tarife so gekündigt worden, dass die Ablaufszeiten auf den gleichen Termin gebracht werden konnten. Die Konzernleitung unter der Führung von Direktor Singer lehnte den Abschluss eines gemeinsamen Vertrages ab. Der Tarifstreit kam vor das Reichsarbeitsministerium, dessen Schlichter einen Schiedsspruch fällte, der einen Manteltarif für 6 Werke des Konzerns vorsah. Direktor Singer gelang es jedoch, die Belegschaft eines Werkes herumzukriegen und für einen Werksabschluss sowohl in der Lohn- wie in der Mantelfrage zu gewinnen. Dadurch war der Abschluss eines gemeinsamen Vertrages vereitelt worden.

Bisher waren in der Steinzeugindustrie 17 Mantel- und 17 Lohnverträge abgeschlossen, die sich auf 52 Werke mit rund 4 400 Beschäftigten erstreckten. Daneben waren noch verschiedene Werke von Tarifverträgen erfasst, die für gemischtgewerbliche Industriezweige abgeschlossen waren. Von den bisher bestehenden Verträgen sind dieses Jahr 1 Bezirks-, 2 Orts- und 3 Werksverträge (bis Anfang Juni) neu geregelt worden. Die neu abgeschlossenen Lohnverträge erstrecken sich auf 20 Betriebe mit rund 2 200 Beschäftigten. Die durchschnittliche Lohnerhöhung bei den bereits abgeschlossenen Bewegungen betrug in der Spitze bei den Betriebsfacharbeitern und Handwerkern 3,75 Pfennig, bei den ungelernten Arbeitern 4 Pfennig und bei den Frauen 2,5 Pfennig pro Stunde. Der Lohnerfolg in der Steinzeugindustrie wäre besser ausgefallen, wenn nicht noch in verschiedenen Werken ein Teil der Arbeiterschaft der Gewerkschaftsbewegung völlig indifferent gegenüberstände.

SPD. Die Anwerbung von Arbeitnehmern ins Ausland ist genehmigungspflichtig. Da diese Bestimmung in der letzten Zeit, wie verschiedene Fälle zeigen, in Vergessenheit geraten ist, macht die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung erneut auf sie aufmerksam. Die Genehmigung muss bei dem Landesarbeitsamt nachgesucht werden, in dessen Bezirk die Anwerbung erfolgen soll.

Wirtschaft Technik Handel

Mannheimer Genossenschaftstag.

(Gegen Mittelstandsterror, für Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft.)

SPD. Der am Sonntag in Mannheim zusammentretende Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird vor dringliche Aufgaben gestellt werden. Vorstand, Ausschuss und Generalrat des Zentralverbandes haben sie in einem Antrag, der sicherlich in Mannheim einstimmige Annahme finden dürfte, kurz gekennzeichnet. Darin werden alle sozialistisch und genossenschaftlich Denkenden aufgefordert, gegen den sich immer mehr und mehr breitmachenden Mittelstandsterror geeignete und scharfe Abwehrmittel anzuwenden. Insbesondere wird die Landwirtschaft aufgefordert, sich nicht für die Bestrebungen gegen die organisierten Konsumenten missbrauchen zu lassen, da die enge Verbindung der landwirtschaftlichen Erzeuger mit den organisierten Verbrauchern eins der Mittel ist, die Landwirtschaft vor weiterer Verelendung zu bewahren.

Mit diesem Appell an die Landwirtschaft steigt der Zentralverband deutscher Konsumvereine sozusagen mitten in die Dinge. Er formuliert seine Stellung gegenüber der Agrarkrise klar und eindeutig und zeigt in der engsten Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern sicherlich nicht das letzte Mittel, um über die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft hinwegzukommen. Wir sind nicht geneigt, alles das, was uns von Agrarseite über die Not in der Landwirtschaft gesagt wird, als bare Münze hinzunehmen. Insbesondere stimmt die Beahuptung der Landwirtschaft, ihre Preisen seien durchweg nicht ausreichend und unzulänglich, nicht. Wir dürfen aber nicht verkennen, dass seit Monaten die Getreidepreise in einem Ausmass gesunken sind, das die Rentabilität des Getreidebaus in Deutschland gefährdet. Auch müssen wir uns damit vertraut machen, dass von der Seite der Agrarkreise aus Massnahmen erfolgen müssen, wenn wir die äusserst spärliche landwirtschaftliche Basis Deutschlands auch nur einigermassen für die Ernährung seiner Bevölkerung ausnutzen wollen, was im Interesse unserer Handelsbilanz nicht zu umgehen sein dürfte. Zwei Faktoren werden hier zusammenwirken: Einmal wird man durch Maschinisierung der Landwirtschaft, durch Standardisierung ihrer Produkte, durch Schulung der Agrarbevölkerung und bessere Bezahlung ihrer Arbeiterschaft die Gestehungskosten senken. Das kann sehr bald erfolgen. Aber die zu erzielende Senkung dürfte nicht ausreichen, um die Agrarpreise in ein entsprechendes Verhältnis zu den Industriepreisen zu bringen. Die Rationalisierung in der Landwirtschaft wird sich durch eine Bewirtschaftung des deutschen Getreides durch die öffentliche Hand ergänzen müssen. Sinn dieser Bewirtschaftung ist, den deutschen Getreidebau durch Einfluss auf die Preisbildung rentabel zu erhalten. Die Zusammenschweissung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist ein Zeichen eines einschneidenden Kurswechsels in unserer Agrar politik.

Mit ihm werden wir rechnen müssen und mit ihm haben besonders unsere Konsumgenossenschaften zu rechnen. Das durch eine öffentliche Getreidebewirtschaftung gestützte Agrarkartell wird vor allem und zuerst in Richtung der Preise drücken. Denn es will ja den landwirtschaftlichen Erzeugern höhere Preise verschaffen. Es kommt nun darauf an, wer hier die Zeche bezahlt, der Handel oder die Verbraucher. Tatsache ist, dass die Getreidepreise in Deutschland gegenwärtig nur um ein Geringes über dem Friedensstand liegen. Dagegen bezahlt die breite Masse Brotpreise, die diesen niedrigen Getreidepreisen nicht angepasst

sind. Unsere Brotpreise bauen sich auf Getreidepreisen auf, die um 50 bis 80 Mark pro Tonne höher sind als die, die der Landwirt tatsächlich für sein Getreide bekommt. Die Verbraucher sagen ganz mit Recht: Man soll die Handelsgewinne ermässigen, dann kann man auch dem Landwirt angemessene Preise bezahlen. Deshalb empfiehlt man Ausschaltung des Handels und engste Verbindung zwischen den Erzeugern und Verbrauchern, wovon man sich eine Erhöhung der Erzeugerpreise und eine Senkung der Brotpreise verspricht. Der Handel wettert: wir wollen uns nicht ausschalten lassen, weil wir volkswirtschaftlich unentbehrlich sind; der Staat hat die Pflicht, uns zu schützen. Man empfiehlt mit allem Ernst dem Agrarkartell, die erhöhten Erzeugerpreise auf die Verbrauchermassen abzuwälzen. Ohne Zweifel treffen die Forderungen der Verbraucher das Richtige, während die Behauptungen des Handels Märchen aufwärmen, die längst abgetan sein sollten, und nur dem Profitstreben dienen. Wir sehen, dass die Valorisierung der Getreideerzeugerpreise zu einer einschneidenden Veränderung in unserer ganzen Gütervertei lung führen muss. Auch die Geschichte des organisierten Konsums steht vor einem Wendepunkt.

Hier liegt der Ursprung des gehässigen Kampfes des Handels gegen die organisierten Verbraucher, der leider in letzter Zeit reichlich, allzureichlich die Unterstützung von Justiz, Behörden und Gesetzgebung gefunden hat. Die Dinge sind soweit gediehen, dass mittelständlerische Vereinigungen solche Mitglieder ausschliessen, die aus Konsumvereinen ihre Waren beziehen. Handwerkervereinigungen haben den Beschluss gefasst, Kinder solcher Eltern nicht als Lehrlinge aufzunehmen, die Mitglieder einer Genossenschaft sind. Diesen Terror und Boykott haben die in Frage kommenden Stellen geduldet. Kein Wunder, dass das Wort von der Vertrauenskrise der Justiz im weitesten Masse bei den Konsumgenossenschaften zutrifft. Man bestreitet den Stadtverwaltungen und städtischen Unternehmungen das Recht der Mitgliedschaft in Konsumvereinen. Das sei eine unerlaubte Vergünstigung der Konsumentenbewegung durch die Kommunen, während eine grosse Einkaufsvereinigung der Kolonialwarenhändler gelegentlich ihrer letzten Ausstellung in Essen es nur natürlich fand, Nachrichten an Zeitungen durch ein städtisches Nachrichtenamt verbreiten zu lassen. Wenn die Konsumvereine etwas im Interesse der organisierten Verbraucher tun, dann soll das nach Auffassung der Mittelständler Recht und Gerechtigkeit, Moral und Wirtschaftsfreiheit widersprechen. Sie selbst verlangen aber für sich, dass ihnen Staat und Gemeinden eine Monopolstellung einräumen. Eine Truppe der Reichswehr hat sich vor kurzem erlaubt, Wurstwaren von einem Berliner Kaufmann zu beziehen, sicherlich, weil sie dort besser, billiger und wohlfeiler als bei den Berliner Metzgern zu haben waren. Darauf grosses Getobe in der Fachpresse der Mittelständler, wie die Reichswehr dazu komme, nicht bei den Fleischern, sondern im Warenhaus zu kaufen. Es folgten dann Angriffe im Reichstag und das Fachblatt der Berliner Fleischer konnte nach kurzer Zeit mitteilen, der Reichswehrminister habe Anweisung gegeben, dass Bestellungen des Heeresverpflegungsamtes bei Kaufhäusern unterbleiben. Das ist Mittelstandspolitik, das ist Gewerbefreiheit und Wirtschaftsmoral, wie sie sich die Mittelständler denken. Dass die Konsumvereine dieses Treibens jetzt endlich müde sind und zur Gegenwehr greifen, finden wir verständlich. Wenn die "Konsumgenossenschaftliche Rundschau" in ihrem Begrüssungsartikel zum Mannheimer Konsumgenossenschaftstag u. a. schreibt, "seit Kreuznach hat kein Genossenschaftstag stattgefunden, der für die Konsumvereine so völlig auf Kampf eingestellt gewesen ist wie der heutige, dass seine Truppen in Kämpfen aller Art geschult sind und dass ihr Verteidigungswille zu jeder Zeit zum Angriffswillen werden kann und werden muss, falls die Gegenseite es haben will," so findet das unsere volle Sympathie. In diesem Sinne wünschen wir dem Genossenschaftstag in Mannheim zu seiner Tagung vollen Erfolg!

SPD. Die Domänenbank (Deutsche Pächterkreditbank) weist für das Jahr 1928 Einnahmen in Höhe von 1,092 Millionen Mark aus. Davon beanspruchen die Geschäftsunkosten 850 000 Mark, 20 000 Mark werden auf das Inventar abgeschrieben und 200 000 Mark der gesetzlichen Rücklage zugeführt, so dass 22 600 Mark für das nächste Jahr vorgetragen werden können. Die Gesamtwechselkreditausgabe der Bank betrug Ende 1928 = 40,43 Millionen Mark gegenüber 39,78 Millionen Mark im Vorjahr.

Ueber die Entwicklung in der Landwirtschaft bemerkt die Bank, deren Urteil immer grosse Resonanz in der Oeffentlichkeit findet, u. a. folgendes: "Die bisher vorherrschende allzu einfache Ideologie, die eine Erleichterung der finanziellen Lage der Landwirtschaft durch einmaligen Einsatz grosser öffentlicher Mittel und die Beseitigung der Rentabilitätsschwierigkeiten durch eine systemlose Belastung der Abnehmer wünschte, ist zugunsten eines vielgestalteten Systems aufgegeben worden. Das grundsätzlich Neue dieser Stellungnahme ist die ihr wohl zugrunde liegende Erkenntnis, dass das Kapitalproblem der Landwirtschaft von dem der allgemeinen Wirtschaft nicht zu trennen ist, dass also Kapitaleinfuhr in die Landwirtschaft nicht einfach durch Kapitalentnahme aus der übrigen Wirtschaft zu erzielen ist. So folgen Theorie und Politik jetzt der wohl richtigen Erwägung, dass mangels genügender Kapitalneubildung in der Landwirtschaft den Folgen ihres Kapitalmangels nur durch Mittel der - freiwillig oder von oben - gebundenen Wirtschaft begegnet werden kann."

SPD. Der Präsident der Preussenkasse Dr. Klepper nahm am Freitag Gelegenheit, seine Auffassung über die Vereinheitlichungsbewegung im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen darzulegen. Die ganze Aktion, so betonte Dr. Klepper, sei kein Produkt der Selbsthilfe und der Selbstverantwortung und könne ohne intensiven Einsatz öffentlicher Mittel nicht durchgeführt werden. Ihre Bedeutung dürfe man aber nicht unterschätzen. Beim neuen Aufbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens müsse unbedingt auf eine Vereinfachung und Ermässigung des Haftsummensystems hin gearbeitet werden, da die gegenwärtig hohe Spanne der Haftsummen offentlichtlich eine Genossenschaftsmüdigkeit erzeugt habe. Das Schwergewicht sei auf die wirtschaftliche Rationalisierung des breiten Unterbaus, also der Dorfgenossenschaften und der provinziellen Verbandskassen zu legen. Daher solle man in der Frage des Einheitsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften die Dinge nicht übers Knie brechen, denn aus dem organischen Rationalisierungsprozess bei den Dorf- und Provinzialstellen würde sich von selbst ein Weg zur Gründung des einheitlichen grossen Spitzenverbandes finden.

SPD. Das Reichsgericht hatte sich am Freitag mit der Angelegenheit des Kommerzienrats Zitzmann zu beschäftigen, wodurch die Oeffentlichkeit nochmals an eine der grössten Skandalaffären in der deutschen Industrie erinnert wird. Zitzmann hatte als Aufsichtsrat der A.G.Reinecke,Gebhardt und Schall und der Inag A-G. grössere Veruntreuungen begangen.Hunderttausende wanderten in seine Tasche, mit denen die beiden Konzerne belastet wurden. Auf Fabrikkosten wurden luxuriöse Landhäuser errichtet usw. Zitzmann war typisch für die Inflationsfäule in unserer Privatindustrie. Das Landgericht Fürth verurteilte den Kommerzienrat seinerzeit zu 6 Wochen Gefängnis und einer Geldstrafe von 80 000 Mark.Dagegen legten der Verurteilte und der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht ein. Der I. Senat kam zur Aufhebung des Urteils, soweit es sich auf die Wechselgeschäfte Zitzmanns, widerrechtliche Aneignung des Dispositionsfonds und Erschleichung von Reisevergütungen stützt. In den andern Fällen wurde die Revision verworfen.

Schwach auf schlechtes Mehlgeschäft.

(Getreidebörse vom 14. Juni)

SPD. Die Tendenz an der Berliner Produktenbörse war am Freitag wieder abgeschwächt. Dabei herrschte jedoch grösste Lustlosigkeit und Unsicherheit, sodass nur wenig Umsätze zustandekamen. Es scheint, dass der wieder in völlige Stagnation geratene Mehlmarkt den Handel mit Getreide stärker zu beeinflussen beginnt. Die Mühlen zeigten keinerlei Kaufinteresse, während andererseits allerdings auch das Angebot aus der Provinz genau so klein wie an den Vortagen geblieben war. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Notierungen bei auch hier geringer Geschäftstätigkeit um ca. 1 - 1½ Mark zurück. Lediglich Hafer konnte bei stetiger Tendenz seine Preislage behaupten.

	13. Juni	14. Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	211 - 212	211 - 212
Roggen	187 - 189	187 - 189
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	176 - 182	176 - 182
Hafer	178 - 188	178 - 188
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	24,00 - 28,25	24,00 - 28,25
Roggenmehl	25,20 - 27,60	25,10 - 27,60
Weizenkleie	11,75 - 12,00	11,75 - 12,00
Roggenkleie	11,75 - 12,00	11,75 - 12,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 222-223½(Vortag 223½), September 233 - 235 (234). Roggen Juli 201 - 202¼ (Vortag 202½), September 208½-209 (209½). Hafer Juli 187-188½ Geld (Vortag 190), September 188½ bis 191 (190).

Berliner Viehmarkt.

(14. Juni)

SPD. Auf dem Viehmarkt gaben die Preise für Kälber nach, während sich die Preise für Rinder behaupten konnten. Hier waren besonders Qualitätstiere bevorzugt. Nachdem diese aus dem Markt gekommen waren, entwickelte sich das Geschäft ruhiger. In Schweinen war das Angebot sehr stark. Die Preise gaben in allen Klassen nach, jedoch erzielten ausgesuchte Tiere Preise über Notiz.

Amtliche Notierungen der Diraktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 45 - 50 (voriger Markt 46 - 50), b) 37 - 42 (38 - 43), c) 31 - 35 (32 - 36), d) 24 - 28 (24 - 28), Kälber: b) 72 - 80 (77 - 87), c) 60 - 70 (65 - 78), d) 50 - 58 (50 - 60), Schweine: b) (240 - 300 Pfd.) 77 - 78 (81 - 82), c) (200 - 240 Pfd.) 76 - 77 (81 - 82), d) (160 - 200 Pfd.) 74 - 76 (78 - 81), e) (120 - 160 Pfd.) 72 - 73 (76 - 78), g) (Sauen) 73 - 74 (75 - 77).

SPD. Die deutsche Roheisengewinnung hat auch im Mai weiter zugenommen und macht 1 133 134 Tonnen aus gegenüber 1 112 098 Tonnen im Vormonat. Sie betrug im Mai 1928 = 1 044 046 Tonnen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 14. Juni 1929.

Die Trompeterstadt.

SPD. Was für eine Wirkung doch ein Buch, was für eine Bedeutung doch eine gelungene Dichtung für eine Stadt haben kann! Wem im weiten deutschen Vaterlande und darüber hinaus wäre wohl der Name des kleinen Rheinstädtchens Säckingen unmittelbar an der Schweizer Grenze geläufig, wenn nicht Meister Scheffel ihn in Grossväterzeiten durch sein einstmals vielgelesenes "Trompeter"-Epos für ein Jahrhundert in vieler Leute Mund gebracht hätte? Es war eine nette, formgewandte Spielmannsdichtung, die der bereits der Juristerei überdrüssig gewordene Säckinger Rechtspraktikant aus einer alten Sage formte. Ein Versroman, der erst gar nicht gehen wollte, und der dann später, etwa nach einem halben Jahrzehnt, das Rennen auf der ganzen Linie zu machen begann. Seitdem ist die kleine Schwarzwaldstadt zwischen Konstanz und Basel so etwas wie das Ideal aller mehr oder minder verliebten Jugendescleien geworden.

Wir hausten oben auf dem Hotzenwalde, im Hauensteiner Ländchen, im Gasthof "Zum Frieden" im kleinen Dorfe Bergalingen. Dieser Wald hat seine Geschichte. Die Bewohner der ehemals österreichischen Grafschaft unterstanden zinspflichtig dem Kloster St. Blasien. Alter Bauernkriegsgeist spukte in den eigensinnigen harten Köpfen der Hotzenwäldler, und noch zweihundert Jahre nach dem Bauernkriege rebellierte man hier oben gegen Reichsvogt und Klosterabt. Mehr als einmal machten österreichische Soldaten in diesen Walddörfern blutige "Ordnung", aber immer wieder erhoben sich die verbitterten Wäldler, um das drückende Joch abzuschütteln, bis dann die Behörden einen Teil der Bevölkerung, vor allem die Familien der Anführer, gewaltsam von hier nach Ungarn verpflanzten und so nach und nach zu unangefochtenen Beherrschern des Waldes wurden. Scheffel, der später als Säckinger Referendar hier oben manche dienstliche Sache zu erledigen hatte, fügte Episoden jenes Bauernkriegszorns auch in seine Dichtung ein.

Am Fusse des Hotzenwaldes, zwischen dem 600 Meter hohen Bergrücken und dem hier rasch dahinströmenden grünen Rhein, liegt malerisch gebreitet die Amtsstadt Säckingen. So manches Mal sind wir von Bergalingen zwischen Tannendunkel hinunter ins Tal gestiegen. Ein über Steingeröll plätschernder und polternder Bach war unser Begleiter bis zum prächtig gelegenen Bergsee, den man heute zu Ehren des Dichters Scheffel-See nennt.

Säckingens Wahrzeichen ist die Münsterkirche. Aus uralten Zeiten stammend, ward sie einstens in Kriegswirren zerstört, vor zwei Jahrhunderten aber wieder neu aufgebaut. Vor ihr steht auf hohem Sockel die Bronzefigur Scheffels und zu seinen Füssen der ins Horn blasende Trompeter. Die Rückwand der Kirche birgt den Grabstein Werner Kirchhofers und der Maria Ursula von Schönau, die hier 1690 bezw. 1691 beigesetzt wurden. Die beiden Hauptpersonen der Dichtung vom "Trompeter von Säckingen" sind also keineswegs sagenhafte, sondern, wie auch aus den Kirchenbüchern festgestellt worden ist, durchaus geschichtliche Figuren. An den Grabstein mit den beiden Namen knüpft sich eine alte Ortssage, und aus ihr hat der Dichter den Stoff zu seinem Epos genommen. Das Münster ist dem Heiligen Fridolin geweiht, der angeblich einer der ersten christlichen Glaubensboten am Oberrhein gewesen ist. Alter Tradition zufolge wird auch in dieser Gegend bis weit hinein in den benachbarten Schweizer Kanton in den katholischen Familien der erstgeborene Knabe noch immer auf den Namen Fridolin getauft. Ist das erstgeborene Kind ein Mädchen, dann heisst

es Fridoline. In jedem Frühjahr findet am ersten Sonntag nach dem 6. März die grosse Fridolin-Prozession statt, die ja auch Scheffel besungen hat, und während deren er seinen Heidelberger Spielmann zum erstenmale das blonde Fräulein erblicken lässt. An diesem Sonntag kommen von nah und fern ganze Scharen von Fridolinen hierher gepilgert. Ein einziger Zug aus der Schweiz - so belehrte uns ein alter Kirchenkastellan - wies in diesem Jahre fünfhundert Fridoline auf.

Vom Münster gingen wir hinüber nach dem Trompeterschlösschen, das im Park am Rhein steht, und in dem Scheffel den grössten Teil der Handlung seiner Dichtung spielen lässt. Das Schlösschen ist heute im Besitz der Stadt und soll künftig ganz dem Fremdenverkehr zugänglich gemacht werden. Auch in diesem Park steht ein Trompeterdenkmal. Dann geht's an dem Hause vorbei, an dem eine Tafel verrät, dass in ihm der Sänger Säckingens von 1850 bis 1852 gewohnt habe, weiter nach dem 600 Jahre alten Gallus-Turm. In diesem Turme sind neben mancherlei andern Museumsstücken, insonderheit solchen aus den Bauernkriegen und aus der achtundvierziger Bewegung, allerlei Scheffeliana ausgebreitet. Da finden wir Briefe des Dichters, Blätter von Akten, die er damals hier als Referendar geführt hat, und auf denen die sonderbarsten Delikte verzeichnet stehen, und noch dies und jenes andre. Ein alter Invalide, den wir erst in der ganzen Stadt suchen mussten, liess uns auf unsern Wunsch herein und sah geduldig zu, wie wir allen Einzelheiten so liebevoll nachgingen und jedes Stück so gewissenhaft betrachteten.

Am Spätnachmittag, als die Sonne noch immer heiss auf die Trompeterstadt herniederbrannte, gingen wir in den "Goldenen Knopf", der hart am Rhein liegt, und von dessen kühler Terrasse aus man einen schönen Blick auf den rasend dahineilenden Rheinstrom, die alte überdachte Holzbrücke und das jenseitige Schweizer Ufer hat. Es ist zwar nicht mehr der historische "Knopf" am Markt, in dem Scheffel einstmals zechte, doch immerhin sass es sich dort recht gemütlich - bis die Zeit des Aufbruchs so langsam herangekommen war und wir uns wieder auf den mehrstündigen Weg durchs Tannendunkel nach unserem Wirtshaus auf dem Hotzenwalde machten.

J.Kl.

Der Bub aus dem Pustertal.

Der Bub hatte einen Strauss Maiblumen gepflückt. Als er sich dem Alpengasthof, der schon bald ein vornehmes Hotel werden sollte, näherte, schämte er sich der Blicke, die ihm Bauersleute nachsandten. Am liebsten hätte er das Blumenbüschel in die Rocktasche gezwängt.

Im Gasthofe fragte er nach ihr. "Jawohl, drüben im Musikzimmer," war die Antwort. Man kannte den jungen, frischen Bauernburschen schon, der im kommenden Jahre gar auf die Kunstschule nach München gehen sollte, und man verstand sich auch ein wenig auf exzentrische Launen schöner Komödiantinnen.

Der Bun dankte zögernd, als wenn er noch etwas fragen wollte, schritt dann aber rasch weiter nach einem kleinen, lauschigen Raume, der sanft und dämmerig war, und auf dessen Teppich man dahin ging wie auf weichem Moosboden. Vor dem Salon, in dem ein richtiger Flügel stand, hielt der Bub inne. Schon die letzten Schritte war er durch den ausgestorbenen Speisesaal auf Zehen geschlichen. Er schalt sich deshalb einen Narren, denn er wollte sie ja nicht erschrecken. Nur sammeln wollte er sich. An die hundertmal war er schon in Gedanken durch die zwei gläsernen Türen in den Speisesaal geschritten, laut, wie es ihm zukam, vielleicht etwas zu klobig, aber immerhin männlich und selbstbewusst. Und jetzt schlich er über das Parkett, als wenn er etwas stehlen wollte. Das Bewusstsein, dass er mit seiner Lederhose und dem schweren Bauernschuhwerk eigentlich nicht hierher gehörte, wurde stärker. Er sah an sich her-

unter und erblickte den ganzen unbeholfenen Bauernburschen, sah sich als kekken Eindringling in einer fremden, ihm nie erreichbaren Umgebung. Dieses Gefühl wurde in ihm so mächtig, dass er umzukehren beschloss. Zugleich aber dachte er auch daran, dass er sich dahim beim Holzschneiden einen feigen Kerl schimpfen würde. Und Abends würde er ja doch wieder nach langer Talwanderung auf dem"Hocheck" auf sie lauern.

Plötzlich stand die Frau vor ihm. Aus der Dämmerung des Raumes war sie hervorgewachsen. Der moosbodene Teppich hatte jden Laut verschluckt. Lächelnd nahm sie ihm die Blumen aus der Hand. "Na, Franz, fleissig gewesen?" Sie liess sich auf einen Sessel nieder und barg den Strauss in ihrem Schoss. Es ward ihr gar nicht leicht, mit dem Buben ins Gespräch zu kommen. Droben am "Hocheck" ging es natürlicher. Da stand der Franz jeden Abend an der eisernen Umfriedung des kleinen Aussichtsplatzes und blickte versonnen die Felswand hinab, und sie gesellte sich ihm einfach zu. Da konnte man über Vieh, Almen, Wetter und die rotglühenden, fernen Dolomitenspitzen plaudern.

Einmal fand sie ihn zeichnend auf der Bank. In ein leeres Schulheft hatte er Köpfe gezeichnet, Bauerngesichter, Madonnen und allerlei Figürliches. Auf einer Seite des Heftchens fand sie beim flüchtigen Durchblättern sich selbst, nur angefangen, halb nach der Natur skizziert, halb aus dem Gedächtnis. Er hatte sie in ein Kornfeld gestellt, durch das der Wind Wellen trieb. Da war er auch mit der Sprache herausgerückt: dass er Künstler werden wolle um jeden Preis, und dass er nach München gehen werde. Mitleidig hatte sie ihm mit der Hand über den blonden Krauskopf gestrichen. "Franz, wenn du erst in München bist, dann besuchst du mich in der Oper, gelt?

Er hatte sie angesehen mit einer Glut und einer Sehnsucht, die sie bei dem verschlossenen Tiroler Buben nicht vermutet hätte, Vielleicht war es aber nur das übervolle Sehnen des Bauernbürschleins nach der grossen Stadt da draussen in der Welt und der heilige Glaube an seine Erfüllung gewesen. -

Sie zupfte an den Blumen und dachte plötzlich daran, dass der Bub da vielleicht wirklich zu ihr nach München kommen würde. Wie war sie denn selbst an die Hofoper.....?

"Franz, wo ist das Bild, das du mir versprochen hast?"

"Bist ja nimmer 'kommen!" Umständlich holte er ein sauber eingepacktes Blatt Papier aus der Rocktasche hervor und reichte es ihr. Sie betrachtete es lächelnd. "Gar nicht übel. Ich will es aufbewahren und einem hohen Professor zeigen, der ein guter Bekannter von mir ist. Schreib noch deinen Namen darunter - das tun doch alle berühmten Maler."

Der Scherz trieb dem Franz eine Blutwelle ins Gesicht. Natürlich wollte er berühmt werden, ein ganz Grosser sein. Das Bildl, das er ihr schenkte, war ihm längst verächtlich. Er schätzte es nicht - es war nicht so, wie er es im Geiste gesehen hatte. Es atmete kein Leben, hatte kein Fleisch und Blut. In der Frau aber, die sich ihm da in Anmut neigte, ahnte er ein Stück Zukunft, ahnte er die Welt ausserhalb seiner engen Talwände, der sein heissestes Sehnen galt. Er umfing die Frau mit einem Blicke, den die Sängerin nur in einem ihr nahe liegenden Sinne zu deuten wusste. Einer plötzlichen Regung folgend zog sie den Bauernburschen an sich. "Franzl, du dummer Lausbub....."

\+ + +

In einer Schreibmappe, ganz tief unten, vergraben unter Briefschaften und verblichenen Photographien, ruht ein zusammengefalteter Bogen Papier mit einer verwischten Bleistiftzeichnung: ein wogendes Aehrenfeld, darin ein Weib, das die feinen Gesichtszüge einer ehemals Königlichen Hofopernsängerin trägt, die arm wie eine Kirchenmaus vor einem Jahrzehnt starb und auf Staatskosten beerdigt wurde. Rechts in der Ecke steht auch noch der Name des Zeichners in ungelenken, immer grösser werdenden Buchstaben: Franz Defregger.

Max Bernardi.

Deutscher Reichstag

86. Sitzung vom 14. Juni 1929.

SPD. Ohne Aussprache wird zunächst ein von den Regierungsparteien eingebrachter Gesetzentwurf über die Steuererhebungskosten im Nachnahmeverfahren dem Steuerausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Verkehrs-Etats. Der Ausschuss verlangt in Entschliessungen die Unterbringung von Kindertransporten in D-Zug-Wagen, eine Übersicht über die Auftragsvergebungen der Reichsbahn und die Einstellung aller Zahlungen an den Nürburg-Ring.

Als Abg. Dr. Quaatz (Dnat) den Ausschussbericht vorträgt, ruft ihm Abg. Keil (Soz) wiederholt zu, er möge sachlich berichten und nicht polemisieren. Abg. Dr. Quaatz verbittet sich die Zwischenrufe und ersucht den Präsidenten, ihn gegen die fortwährende Störung durch den Abg. Keil zu schützen. Präs. Löbe erwidert, in den Zurufen des Abg. Keil sei eine "fortwährende Störung" nicht zu erblicken. Wenn es tatsächlich zu einer solchen Störung komme, werde er einschreiten.

Reichsverkehrsminister Stegerwald:

Heute nachmittag werden Besprechungen mit dem Präsidenten Schacht über das Pariser Konferenzergebnis stattfinden. Erst nach ihrem Abschluss werden wir genau übersehen können, wie sich die Verhältnisse bei der Reichsbahn gestalten werden. Das öffentliche Verkehrswesen in Deutschland ist ein Spiegelbild des Leerlaufes, den wir in unserem allgemeinen Wirtschaftsleben finden. Gegenwärtig arbeiten neben- und teilweise gegeneinander Reichsbahn, Reichspost, Wasserstrassen, Kraftwagenverkehr, Luftverkehr, Schnellbahnen, Gaswerke, Elektrizitäts-Überlandzentralen. Das vollzieht sich in den verschiedensten Betriebsformen, Reichsbetrieb, Staatsbetrieb, Kommunalbetrieb, gemischtwirtschaftlicher und Privatbetrieb. So kann es auf die Dauer nicht weitergehen. Wir müssen hinarbeiten auf grössere Einheitlichkeit, mindestens auf ein besseres Zusammenwirken der verschiedenen Zweige des Verkehrswesens. Die Reichsbahn war in den letzten Jahren in wenig glücklicher Lage. Die auf ihr ruhenden schweren Geldlasten hinderten den wünschenswerten technischen Ausbau und auch die notwendigen Massnahmen zur weiteren Förderung der Betriebssicherheit. Einer Tariferhöhung steht die Reichsregierung in der gegenwärtigen Stunde ablehnend gegenüber (Beifall). Erst muss abgewartet werden, was im einzelnen aus dem Tarif herausgeholt wird. Für den Fall, dass die Pariser Vorschläge Wirklichkeit werden, wird der Ausgleichsbetrag von 500 Millionen für die Reichsbahn frei werden. Die weitere Entwicklung hängt ab von der Möglichkeit, Anleihen zu bekommen. Solche Anleihen würden in erster Linie dazu dienen, die in Angriff genommenen Betriebsbauten zu vollenden. An den Bau neuer Bahnen aus eigenen Mitteln konnte bisher nicht herangetretenwerden. Bei dem weiteren Ausbau der elektrischen Vollbahnen werden wir vor allem die volle Ausnutzung der bayerischen Wasserkräfte versuchen. Der Ausbau unserer Wasserstrassen wird erschwert durch den Geldmangel. In erster Linie müssen die begonnenen Bauten vollendet werden. Als einheitliches Werk betrachten wir den Mittellandkanal, den Rhein-Main-Donau-Kanal, die Neckar-Kanalisation und die Regulierung der Oder. Hierbei darf nicht ein Wirtschaftsgebiet auf Kosten der anderen bevorzugt werden. Für die Regulierung des Oberrheins haben wir mit der Schweiz bereits eine Verständigung erzielt. Da Frankreich seine Mitwirkung zugesagt hat, wird schon im nächsten Jahre mit den Arbeiten begonnen werden können. Der Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals ist vielleicht rein wirtschaftspolitisch im Augenblick nicht geboten, aber es fragt sich, ob wir solche Gesichtspunkte allein ausschlaggebend sein lassen sollen. Die Entwicklung unserer Seehäfen zwingt uns zum Ausbau der Seezufahrtsstrassen. Über eine Erweiterung der Seewarte schweben Ver-

handlungen. Mir ist es nicht eingefallen, im Zusammenhang mit den Abstrichen an den Mitteln für die Luftfahrt zu polemisieren. Es ist aber richtig, dass bei uns die Berichte des Rechnungshofs erst nach einigen Jahren fertig sind im Gegensatz zu Amerika. In anderen Staaten wird die Fortentwicklung des Luftverkehrs aus dem Heeresetat finanziert. Das ist uns verboten. Wir sind zu Reichszuschüssen genötigt, weil niemand aus Privatmitteln so kostspielige Experimente machen wird. Wir werden uns weiter bemühen, mit möglichst geringen Mitteln das denkbar grösste zu erreichen. Im Kraftverkehrswesen hat sich eine gewaltige Steigerung entwickelt. Heute entfällt auf jeden 60. Deutschen ein Kraftwagen. Ich habe den Ländern eine Vorlage zum Ausbau des Strassennetzes und zur Anpassung an diese Entwicklung eingereicht. Der deutschen Verkehrspolitik stehen in den nächsten Jahren grosse Aufgaben bevor. Ich hoffe, schon in den nächsten Monaten ein Programm für die allernächsten konkreten Angelegenheiten vorlegen zu können.

Abg. Hünlich (Soz.):

Auf keinem Gebiete ist die Entwicklung so stürmisch, wie auf dem des Verkehrs. Reichsbahn, Post, Kraftverkehr und Wasserstrassen werden davon betroffen. Aber es fehlt sehr oft an dem notwendigen Ineinandergreifen. Dadurch entstehen die unangenehmsten Reibungen. Das Ministerium besitzt eben nicht ohne weiteres die Möglichkeit, hier einzugreifen. (Lebh. Zustimmung bei den Regierungsparteien) Die einzelnen Verwaltungen sind zu selbständig, und so kann der Minister meist nur die Rolle eines Vermittlers übernehmen. Er ist Reichsverkehrsminister nur dem Namen nach, nicht aber nach seiner Zuständigkeit. Hier muss bald Wandel geschaffen werden, weil nur so die grossen Verkehrsfragen befriedigend gelöst werden können. Andernfalls werden sich die gewohnten Klagen von Jahr zu Jahr wiederholen (Sehr richtig! links).

Über die Reichsbahn selbst wird einer meiner Fraktionskollegen hier noch sprechen. Ich selbst möchte aber doch unsere Freude darüber ausdrücken, dass der Minister hier erklärt hat, die Reichsregierung lehne jede Tariferhöhung ab. Dieser Standpunkt ist nach Lage der Dinge durchaus berechtigt. (Zustimmung bei den Regierungsparteien) Dass die Reichsbahn eine innerdeutsche Einrichtung ist, muss mehr als bisher dadurch zum Ausdruck kommen, dass Reichstag und Reichsregierung in höherem Grade auf die Verkehrsunternehmen Einfluss bekommen. (Sehr richtig! links)

Immer wieder hören wir Klagen darüber, dass für den Ausbau der Wasserstrassen die Mittel zu knapp bemessen seien, und zwar für solche, die neu geplant sind, wie auch für die, die bereits in Angriff genommen sind. Leider ist auch in diesem Jahr wieder ein empfindlicher Abstrich notwendig gewesen. Dadurch wird die Bauzeit der Wasserstrassen weiter verlängert. Wenn sich aber der Bau der Kanäle längere Zeit als vorgesehen hinzieht, können sie erst um Jahre später dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Es ist dringend zu hoffen, dass das Ministerium alles tut, was getan werden kann, um wenigstens die angefangenen Wasserstrassen baldigst zu Ende zu bringen. Dann werden endlich die Gebühren, die dadurch erzielt werden, auch die Einnahmeseite der Verwaltung füllen. Wir glauben, dass alle jetzt nicht zur Erfüllung kommenden Wünsche nur auf eine bessere Zeit vertagt sind, wo die finanzielle Lage leichter und erträglicher als gegenwärtig ist. Der Minister hat versprochen, sich dafür einzusetzen, dass bei der Wasserstrasse von Stettin nach Swinemünde die 8 m-Tiefe des Fahrwassers erreicht wird. Es sind aber auch Sicherungen dafür zu schaffen, dass nicht bei Unfällen, wie kürzlich die Strasse für grössere Schiffe unpassierbar wird.

Sehr unangenehm ist die Zersplitterung im Kraftfahrwesen. Die Reichspost arbeitet für sich, ebenso die Reichsbahn, auf der anderen Seite Privatgesellschaften und solche, an denen das Reichsverkehrsministerium beteiligt ist. Im vorigen Jahre ist gefordert worden, das Reich solle sich von diesen Beteiligun-

gen zurückziehen. Wir haben gegen eine solche Massnahme starke Bedenken; denn sonst könnte es geschehen, dass jede Tätigkeit des Ministeriums auf diesem Gebiete unmöglich gemacht wird. (Sehr richtig! links) Dem Kraftverkehr liegt in erster Reihe die Erschliessung verkehrsarmer Gebiete ob. Hätte das Ministerium die Macht, die ich ihm wünsche, dann wäre manches besser und viele Wünsche könnten erfüllt werden. Die deutsche Kraftfahrzeugsteuer bedarf dringend der Nachprüfung. Sie hat eine nicht gerade erfreuliche Entwicklung unseres Motorbaues hervorgerufen, womit sich das Ministerium einmal beschäftigen sollte.

Eine Strassenbauordnung fordern wir seit Jahren und freuen uns, dass der Minister uns hier Erfüllung verspricht. Wir Sozialdemokraten treten mit aller Kraft dafür ein, dass unser in schlechtem Zustand befindliches Strassennetz verbessert wird, aber wir sind nicht der Meinung, dass neue Luxusautomobilstrassen angelegt werden. (Sehr richtig bei den Soz) So ist die Strasse von Hamburg nach Basel, die man jetzt plant, keine Aufgabe, die in der nächsten Zeit zu lösen ist. Erst soll man einmal die vorhandenen Strassen in einen solchen Zustand bringen, dass sie dem Verkehr genügen. Die Verkehrsordnung selbst ist in mancher Beziehung zu revidieren, und wir stimmen einem diesbezüglichen Antrag zu.

In starkem Masse sind diesmal die Mittel für die Luftfahrt verkürzt worden, und wir sind der Meinung, dass das mit Recht geschehen ist. Bisher ist auf diesem Gebiete nicht nach dem Grundsatze verfahren worden, mit möglichst geringen Mitteln das denkbar beste zu leisten. Eher war das Gegenteil der Fall. (Lebh.Zustimmung links) Wir glauben auch, dass in Zukunft noch weiter Ersparnisse zu machen sind. Es gibt im deutschen Luftfahrwesen eine ganze Menge Dinge, die man auch billiger aufziehen kann. So sind z.B. manche Ausgaben für die Fliegerausrüstung erheblich übersetzt oder nicht zweckmässig. Ausserdem herrscht bei der Luftfahrt ein völliges Durcheinander und Nebeneinander. Da gibt es Unternehmungen, die rein privatwirtschaftlicher Art sind, andere die den Ländern gehören, und wieder andere, über die Privatwirtschaft und Staat gemeinsam die Verfügung haben. Die Folge ist reibungsvolles und teures Arbeiten. Deshalb muss schon in kürzester Frist hier eine energische Zusammenfassung vorgenommen werden. Es ist falsch, wenn der Minister zum Vergleich die Ausgaben heranzieht, die andere Länder für die Luftfahrt machen. Gewiss sind diese Ausgaben höher, dafür halten die anderen aber auch tausende Flugzeuge dauernd beim Militär in Betrieb. Dieses Gebiet fällt bei uns doch ganz weg. (Lebh.Zustimmung bei den Soz) Selbstverständlich unterstützen wir die Luftfahrt und wollen dafür sorgen, dass sie auf der Höhe bleibt, aber nur in dem Rahmen, der unbedingt notwendig ist und unserer finanziellen Lage entspricht. Vom Prinzip der Zweckmässigkeit und der Billigkeit lassen wir uns da leiten.

Der Verkehrsausschuss hatte sich auf den Vorschlag geeinigt, alle Bahnen aufzuzählen, die in kürzester Zeit gebaut werden können. Nun hat der Minister aber erklärt, er könne erst dann eine entsprechende Vorlage einbringen, wenn die erforderlichen Mittel vorhanden sind. Bis dahin können also selbst die vordringlichen Bahnen nicht gebaut werden. Was hat es also da für einen Zweck, Anträge zur Einrichtung neuer Bahnlinien zu stellen? (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien) Das Gleiche trifft auf die Anträge für Kanalbauten zu. Man kann doch nicht neue Wasserstrassen fordern, wenn wegen mangelnder Mittel die Vollendung der im Bau begriffenen Kanäle hinausgezögert werden muss. Dringend notwendig ist die Vertiefung und Kanalisierung des Oberrheins, die Weser-Kanalisierung und ebenso die Fortführung der Arbeiten am Dortmund-Ems-Kanal. Für den Dortmund-Ems-Kanal bestreitet der Minister die Dringlichkeit, aber im selben Atemzuge erklärt er, was geschehen würde, wenn der Kanal nicht erweitert wird. Deshalb darf es kein Mensch dazu kommen lassen, dass das eintritt, was der Minister an die Wand malte.

Endlich ist es gelungen, einen Überblick über den Haushalt des Reichsver-

kehrsministeriums zu gewinnen. Wir hoffen, dass der Verkehrsminister dafür sorgt, dass diese Entwicklung zur klaren Etatsgestaltung weiter fortgesetzt wird. Die Wolke des Misstrauens, die sich jahrelang gerade über dem Verkehrsministerium ausbreitete, muss endlich ein für alle Male verschwinden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Gross (Ztr): Die Pariser Beschlüsse werden das Verkehrsministerium vor wichtige und schwere Aufgaben stellen. Am besten wäre es, wenn die Reichsbahn dem Verkehrsminister wieder unterstellt würde. Bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen der Reichsbahn muss das Agententum ausgeschaltet werden. Im Luftverkehr wird es zunächst nicht ohne Reichshilfe gehen; er muss sich aber auf wenige grosse Linien beschränken und der Unfug aufhören, dass jede kleine Stadt sich einen kostspieligen Flugplatz zulegt.

Abg. Dr. Quaatz (Dnat): Die Hoffnung der Eisenbahner auf eine günstige Wirkung der Internationalisierung der Reichsbahn ist vollständig enttäuscht worden. Ebensowenig wird ihnen das Pariser Ergebnis nützen, denn der finanzielle Druck auf die Reichsbahn ist in keiner Weise erleichtert worden. Zunächst muss die Eisenbahn ihren Apparat wieder so herstellen, wie er vorher war. Das wird aber ausserordentlich schwierig sein, denn die Substanz der Eisenbahn hat einen Verlust von 2,1 bis 2,5 Milliarden erlitten. Die Entente hinterlässt uns ein finanziell-ruiniertes Unternehmen, wenn auch die deutsche Leitung und Führung ausgezeichnet ist. Die Tarifgestaltung schädigt die deutschen Produkte und begünstigt die Konkurrenz der polnischen und englischen Kohle. Es ist ein Skandal, dass die Stadt Berlin zumeist englische Kohle verfeuert. Der Mittellandkanal ist ein dilettantisches und verfehltes Unternehmen.

Abg. Schroeter-Merseburg (Komm) verlangt eine Abstellung der vom Sparkommissar aufgedeckten Misstände.

Abg. Dr. Hugo (D.Vp): 70 % der Reichsbahneinnahmen werden durch Ausgaben in Anspruch genommen, die nicht vom Willen der Reichsbahn abhängen, sondern politisch beeinflusst sind: Reparationen, Pensionen und Personalausgaben. Bei Neubelastungen der Reichsbahn muss man sehr vorsichtig sein, namentlich bei den Lohnfestsetzungen. Die Reichsbahn muss in die Lage gesetzt werden, durch Ausnahmetarife die deutsche Konkurrenzfähigkeit zu heben. Die Konkurrenz der verschiedenen Verkehrsmittel gegeneinander muss aufhören.

Minister Dr. Stegerwald

beantwortet mehrere Interpellationen: Wir hoffen, demnächst eine Einigung der Ressorts über die Neugestaltung der Automobilsteuer und über die Luftfahrlinien zu erreichen. Die vorjährige Tariferhöhung war vom Schiedsgericht gebilligt, dagegen konnte die Reichsregierung nichts tun. Wegen der neuen Rheinbrücke bei Speyer wird in Paris verhandelt. Ein Grenzlandprogramm wird vom Ministerium für die besetzten Gebiete ausgearbeitet. Die generelle Einführung der 48 Stunden-Arbeitswoche bei Post und Eisenbahn würde 400 Millionen kosten; daran ist jetzt nicht zu denken.

Abg. Mollath (Wirtschaftsp.): Die Reichsbahn sollte jetzt nach der Pariser Vereinbarung wieder direkter Reichsbetrieb werden. Die neue Holzklasse ist nicht besser, als die frühere vierte und die Polsterklasse nicht besser als früher die dritte. Die Reichsbahn sollte der Gewerbeordnung unterstellt werden, schon damit die Bahnhöfe nicht zur Einrichtung von Warenhäusern missbraucht werden, die der Sperrstunde nicht unterworfen sind.

Abg. Wieland (Dem) fordert Senkung der Eisenbahntarife, womit uns England, Schweden und die Schweiz vorangegangen sind. Der Personalfahrplan wird ständig verbessert. Die Leistung des Personals während der Frostperiode muss dankbar anerkannt werden. (Zustimmung) Die Abstriche am Luftfahretat sind sehr bedauerlich. In Nordamerika legt der Rechnungshof seinen Bericht schon nach 5 Monaten rechtzeitig zur neuen Etatsberatung vor.